



19. Wahlperiode

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

19. Sitzung

Mittwoch, 5. Februar 2025, 09:15 bis 12:45 Uhr

INHALT

Fachgespräch Schlachtstättensterben – rechtzeitig Lösungen entwickeln	1
Informationsgespräch mit Frau Kristina Hofmann, Referentin der Geschäftsstelle Büro- kratieabbau „Abschlussbericht der Projektstelle Direktvermarktung“	49
Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein Ausdünnen der Ökoregelungen zulasten der Agrarökologie - Förderung von Agroforst weiterhin anbieten (Drs. 19/4672) – Federführung –	65
Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein Ausdünnen der Ökoregelungen zulasten der Planungssi- cherheit - Kompromisse respektieren und beschlossene Förde- rung der Weidehaltung von Milchkühen ab 2026 umsetzen (Drs. 19/4673) – Federführung –	67

Fachgespräch

Schlachtstättensterben – rechtzeitig Lösungen entwickeln

Vorsitz: Petra Högl (CSU)

Vorsitzende Petra Högl (CSU) begrüßt die zum Fachgespräch anwesenden Expertinnen und Experten und bedankt sich, dass diese in den Landtag gekommen seien und sich Zeit für dieses Fachgespräch nähmen. Jeder Sachverständige und jede Sachverständige möge im Anschluss ein kurzes Statement abgeben, auf die eine Diskussionsrunde folge.

Bayern sei ein Agrarland. Die von den bayerischen Bäuerinnen und Bauern gezogenen Tiere müssten geschlachtet, das Fleisch verarbeitet werden. Dafür werde in Bayern eine gut ausgewogene Schlachthofstruktur gebraucht. Im Freistaat gebe es noch 1.600 EU-zugelassene Schlachtstätten. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei der Freistaat deshalb gut aufgestellt. Gleichzeitig sei aber eine Konzentration der Schlachtstätten feststellbar. Warum dies der Fall sei, würden die Sachverständigen anschließend darlegen.

Für den Freistaat und seine Bäuerinnen und Bauern sei auch künftig ein breites Angebot von Schlachtstätten notwendig und die Gewissheit, dass es Metzger gebe, die die Tiere abnähmen, um daraus hervorragende Produkte herzustellen. Der Erhalt vielfältiger Schlachtstätten sei wichtig, damit auch künftig viele verschiedene Produkte erzeugt werden könnten; das mache Bayern schließlich aus.

SV Lars Bubnick (Geschäftsführer Landesinnungsverband des bayerischen Fleischerhandwerks) informiert, der Landesinnungsverband des bayerischen Fleischerhandwerks vertrete derzeit etwa 1.100 Mitgliedsbetriebe im Freistaat. Jede vierte deutsche Handwerksmetzgerei stehe in Bayern. Das zeige, wie stark das Metzgerhandwerk im Freistaat sei. Das Handwerk werde auch gerne als die Wirtschaftsmacht von nebenan bezeichnet. Gleichwohl sei im Vergleich zum Vorjahr bei der Zahl der Betriebe ein leichtes Minus von 5 % feststellbar. Die Gründe dafür seien vielfältig.

Die Zahl der Beschäftigten im Fleischerhandwerk in Bayern liege derzeit bei etwa 35.000 Personen und einem Umsatz zwischen 4 und 5 Milliarden Euro pro Jahr. Bayern

sei das Land der selbstschlachtenden Handwerksmetzgereien. Knapp 40 % der Betriebe des Verbandes schlachteten selbst, wie eine repräsentative Umfrage unter den Mitgliedern zeige. Weitere 25 % ließen bei Kollegen mitschlachten oder sie ließen in sogenannten Metzgerschlachthöfen ihre Tiere schlachten und holten dann dort ihr Fleisch ab. Drei Viertel der derzeit zugelassenen Betriebe planten gemäß der Umfrage, die Schlachtung auch fortzusetzen. Das sei nicht nur ein absolutes Qualitätskriterium, sondern auch äußerst wichtig für den Erhalt der regionalen Strukturen für die Landwirte bis hin zu den weiteren Vertriebswegen.

Leider planten aber 25 % der Betriebe, in den nächsten Jahren die Schlachtung aufzugeben. Die Gründe dafür seien Personalmangel, Kostendruck und zu hohe bürokratische Auflagen. Der Montag sei mit 85 % der häufigste Schlachttag. Dazu werde später noch mehr ausgesagt.

Der Pro-Kopf-Verzehr von Fleisch sei rückläufig. Derzeit liege er bei 51 Kilogramm pro Jahr, wobei 50 % auf Schweinefleisch entfielen, 25 % auf Geflügel und 15 % auf Rindfleisch. Auch die Zahl der Tierhaltung sei rückläufig. Zu den Ursachen werde sicher noch Frau Timm-Guri vom Bauernverband etwas sagen. Auch die Anzahl der Betriebe sei rückläufig. Er, Bubnick, sei seit knapp 13 Jahren beim Fleischerverband Bayern und in dieser Zeit habe sich die Mitgliederzahl halbiert. Es sei davon auszugehen, dass die Zahl noch weiter sinke.

In den vergangenen Jahren seien mehrere große Schlachtstätten geschlossen worden wie beispielsweise Bamberg und Kronach. Großstädte wie Augsburg und München hätten keine Schweineschlachtung mehr. Für die einzelnen Regionen sei das dramatisch. Sie müssten an andere Schlachthöfe ausweichen und dafür oft lange Transportwege in Kauf nehmen. Deshalb sei es begrüßenswert, dass die Firma Vion die Standorte Vilshofen und Landshut übernommen habe. So herrsche dort Kontinuität, die guttue. Die Fleischerbetriebe könnten sich dort bedienen.

Der Freistaat mache eine Menge für die kleinen Handwerksmetzgereien. Allein in seiner Zeit als Geschäftsführer seit 2017 seien drei wesentliche Dinge gemacht worden. Erstens. Die Öffnung der Förderprogramme VuVregio und der Marktstrukturförderung auch für klei-

ne, selbstschlachtende Handwerksmetzgereien. Hinzu komme zweitens die Einmalförderung der Neuanschaffung von Elektrobetäubungsgeräten und schließlich, drittens, und das sei ein besonders wichtiger Punkt – wofür an dieser Stelle dem Landtag auch ausdrücklich gedankt werde: der Beschluss zur Senkung der Fleischhygienegebühren und der Vereinheitlichung der Fleischhygienegebühren für kleine Betriebe unter 1.000 Großvieheinheiten. – Dies sei ein wegweisender Beschluss gewesen, um den Bayern in ganz Deutschland beneidet werde. Derzeit werde versucht, im Eiltempo eine bundesweite Nachahmung zu schaffen. Das Gesetz solle in diesem Jahr evaluiert werden. Deshalb werde an die Abgeordneten appelliert, das Gesetz beizubehalten. Die Regelung habe maßgeblich dazu beigetragen, dass die Metzgereien finanziell entlastet worden seien, sodass sie die Schlachtung fortgesetzt hätten.

Zu den derzeit anstehenden Problemen: Der Rückgang der Betriebe müsse so stark als irgend möglich verlangsamt werden, das Maximum an Betrieben erhalten. Einige Probleme beträfen alle Betriebe, und zwar die Tierärzte und die Fleischbeschau. Ein Großteil der Tierärzte bzw. der Überwacher, gehe demnächst in den Ruhestand. Bereits heute sei es schwierig, die Fleischbeschau flächendeckend sicherzustellen. Eine Möglichkeit zur Lösung dieses Problems werde bereits erwogen: die Schlachtung nicht nur am Montag durchzuführen. Wenn es nur wenige Kontrolleure gebe, müsse diesen ein größeres Zeitfenster offenstehen. Ein weiteres Problem sei die Entsorgung der Schlachtnebenprodukte, denn die Gebühren für die Konfiskatentsorgung seien enorm gestiegen.

Je nach Betriebsgröße gebe es auch unterschiedliche Probleme. Was die Betriebe unter 1.000 Großvieheinheiten anbelange, so werde an die Verantwortlichen appelliert, die gesenkten Fleischhygienegebühren unbedingt beizubehalten. Ein weiteres Thema sei der Investitionsbedarf. Mit Staatsministerin Kaniber sei bereits besprochen worden, dass das Fleischerhandwerk erheben werde, welcher Investitionsbedarf bei den selbstschlachtenden Metzgereien bestehe, und zwar flächendeckend, um die Förderprogramme VuVregio und die Marktstrukturförderung auszuschöpfen.

Der Verband vertrete auch Betriebe über 1.000 Großvieheinheiten. Das seien größere Schlachtbetriebe, Schlachthöfe. Für diese gelte gemäß der EU-Verordnung für die Fleischhygienegebühren das Kostendeckungsprinzip. Dazu gebe es auch

Transparenzordnungen. Dennoch sei festzustellen, dass Betriebe, die mehr als 1.000 Großvieheinheiten schlachteten, von den für sie zuständigen Kreisverwaltungsbehörden keine transparente Kostenermittlung hinsichtlich der Fleischhygienegebühren erhielten. Die Berechnungen würden nicht veröffentlicht. Das Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz halte die Kommunen und Landkreise zwar dazu an, und es gebe auch eine klare Vorgabe in der Verordnung, welche Kosten in den Gebühren berücksichtigt werden sollten, aber dennoch sei festzustellen, dass beispielsweise die Kosten für Auszubildende im Beamtendienst einkalkuliert würden oder die Ausgaben für Personaldienstleister, die sozusagen als Recruiter unterwegs seien und ihre Kosten umlegten. Auch sie würden auf die Fleischhygienegebühren umgerechnet. Hierzu seien mehrere Verwaltungsverfahren anhängig. Eine gemeinsame Vorgehensweise zur Lösung dieser Probleme würde sehr begrüßt.

Was die Aspekte Förderung, Erweiterung, Transformation und Innovation anbelange, so würden alle Betriebe gebraucht, die kleinen ebenso wie die ganz großen Schlachtstätten. Nicht alle Handwerksmetzger würden selbst schlachten. Gut die Hälfte der Betriebe bedienten sich bei großen Fleischlieferanten und großen Schlachtstätten. Auch das müsse bedacht werden. Deshalb sei es so wichtig, alle Betriebe zu erhalten. Zum Glück gebe es noch einige Metzgerschlachthöfe, beispielsweise in Aschaffenburg oder Fürth. Bei letzterem sei demnächst ein großer Termin angesetzt, weil aufgrund der Mengenanfrage und des Wegfalls von Schlachtstätten in der Umgebung in Fürth nun der Umbau und eine Erweiterung des Schlachthofs mit hohen Investitionen anstünden. Der Betrieb schreibe absolut schwarze Zahlen, aber er benötige etwa 10 Millionen Euro für seine Erweiterung. Ein externes Büro habe die Höhe der möglichen Förderungen geprüft und berechnet, die Fördermittel betrügen 2,3 Millionen Euro. Mit dem vorhandenen Eigenkapital könne ein Kredit in Höhe von 2 Millionen Euro aufgenommen werden. Folglich bleibe eine Finanzierungslücke von etwa 6 Millionen Euro. Bislang sei offen, wie diese Lücke finanziert werden könnte. Die Metzgerschlachthöfe seien enorm wichtig, denn sie versorgten Betriebe im Umkreis von 60 Kilometern, Tendenz steigend. Deshalb sei es so wichtig, dass kein weiterer Betrieb schließe. Das gelte nicht nur für Fürth und Aschaffenburg, sondern für alle anderen Betriebe.

SV Dr. Christian Kagerer (Geschäftsführer Fleischprüfing in Bayern e. V.) ist Geschäftsführer beim Fleischprüfing Bayern e. V. und seit 30 Jahren in diesem Bereich tätig. Der Fleischprüfing sei im Jahr 1990 auf Initiative des Bayerischen Landtags und des Bayerischen Bauernverbandes mit dem Ziel gegründet worden, neutrale gesetzliche Klassifizierungen mit Handelsklassenfeststellung und Verwiegung an bayerischen Schlachtstätten zu gewährleisten. Der Fleischprüfing sei somit als neutrale Stelle in das Schlachthofgeschehen in Bayern eingebunden. Der Fleischprüfing sei sozusagen der Schiedsrichter zwischen Anlieferer- und Abnehmerseite. Sein Verband belege aber auch Fleischqualitäten, Herkunftserfassungen wie beispielsweise "Geprüfte Qualität Bayern" – GQ – oder Haltungsstufen. Ein weiteres Aufgabengebiet sei Tierwohl Monitoring für die Landwirte auf Basis der Schlachtdaten.

Aktuell sei der Fleischprüfing an rund 30 Schlachtstätten – sowohl mittelständische als auch größere Schlachtstätten – mit etwa 70 Klassifizierungen in Bayern tätig. Die Schlachtbetriebe unterschieden sich von der Klientel seines Vorredners, denn die Größenordnung liege bei etwa 100 Schlachttieren pro Tag und aufwärts. Die Spanne reiche von 200 bis zu 5.000 Schweinen pro Tag. Im Jahr 2024 seien rund 706.000 Rinder und 3,3 Millionen Schweine in bayerischen Betrieben geschlachtet bzw. klassifiziert worden. Das entspreche rund 90 % bis 95 % der Gesamtschlachtung in Bayern. Um die Größenordnung und die Struktur der bayerischen Schlachtwirtschaft einschätzen zu können, hier die Zahlen für Gesamtdeutschland: 41 Millionen geschlachtete Schweine und 2,7 Millionen geschlachtete Rinder. Trotz größerer Schlachtunternehmen sei die Schlachthofstruktur in Bayern im Vergleich zu Deutschland mittelständig strukturiert.

Eine kurze Situationsbeschreibung aus dem Blickwinkel des Fleischprüfings Bayern: Die Situation in der Fleischwirtschaft sei allgemein von starken strukturellen Veränderungen geprägt, insbesondere seit Corona. Erste Anzeichen hätten sich aber schon vorher bemerkbar gemacht. Eine Ursache sei die Veränderung der Verzehrgewohnheiten. Der Fleischkonsum sei rückläufig, auch wenn er sich im Moment stabilisiere bei rund 51 Kilogramm. Darüber hinaus seien die Bestandsveränderungen in der Landwirtschaft von Bedeutung. Bei den Rindern sei ein Rückgang der Betriebszahlen von 2023 bis 2024 von 2 % bis 2,5 % festzustellen und der Rinderbestand sei um 3,5 % zurückgegangen. Bei den

Schweinen liege der Rückgang bei 3,5 %, wobei aktuell die Schweinebestände wieder stabiler seien. Entscheidend seien aber die Änderungen in den vergangenen Jahren. Wenn man den Zeitraum von 2010 bis 2024 ansehe, dann sei ein Rückgang beim Rinderbestand von rund 17 % feststellbar und bei den Schweinen von 32 %.

Geändert hätten sich auch die Haltungsanforderungen durch verschiedene Tierwohlprogramme, durch Haltungsstufen und zusätzliche Tierwohlsysteme wie beispielsweise von GQ und ITW zum GQPlus oder BayProTier. Damit sei ein höherer Platzbedarf verbunden, also weniger Tiere pro Quadratmeter, und das wirke sich insgesamt betrachtet auch auf die Zahl der Tiere aus.

Ein weiterer Parameter sei die Änderung der Exportmöglichkeiten der Schlachtstätten ins Ausland aufgrund des Seuchengeschehens. Auslöser sei vor einigen Jahren die Afrikanische Schweinepest – ASP – gewesen. Mittlerweile sei die Maul- und Klauenseuche hinzugekommen.

Aufgrund dieser Parameter veränderten sich die Schlachtmengen bei Rindern und Schweinen; sie seien insgesamt rückläufig. Im Jahr 2024 seien die Zahlen im Vergleich zu 2023 bei den Rinderschlachtungen um 2 % und bei den Schweinen um 1,6 % zurückgegangen. Starke Rückgänge habe es nach Corona im Jahr 2022 gegeben mit rund 5 % bis 10 % der Schlachtmenge. Im Vergleich zum Jahr 2010 seien die Rinderschlachtungen um 15 % bis 16 % zurückgegangen und die Schweineschlachtungen um circa 24 %. Die Rückgänge resultierten auch auf Schwankungen in der Schlachtung, durch die Reduzierung von Schlachttagen, durch sinkende Schlachtmengen und teilweise auch durch unzureichende Auslastungen der Standorte. Das führe zu einer unzureichenden Effizienz im Arbeitseinsatz und damit zu Problemen der Wirtschaftlichkeit und der Kostendeckung bei den Schlachtbetrieben.

Die Personalsituation und die Personalgewinnung seien weiterhin sehr anspruchsvoll. Das betreffe auch die Verfügbarkeit von amtlichem Personal, das für die Fleischuntersuchungen unabdingbar sei. Hier zeichne sich für die nächsten Jahre ein Problem ab. Infolgedessen seien in den vergangenen Jahren Schlachtstätten geschlossen worden. In München gebe es keine Schlachtung für Schweine, in Kronach und Bamberg seien 2024

die Schlachtungen für Rinder und Schweine geschlossen worden. Ende 2024 sei die Schweineschlachtung in Augsburg eingestellt worden. Eine ungewisse Situation bestehe für Aschaffenburg. Darüber hinaus ziehe sich die Firma Vion aus der Schlachtung in Süddeutschland zurück und schließe insgesamt sechs Betriebe. Die Rinderstandorte würden voraussichtlich von der Firma Tönnies übernommen. Ob das möglich sei, werde derzeit vom Kartellamt geprüft. Der Ausgang sei noch offen. Die beiden Standorte Landshut und Vilshofen seien von der EG Südbayern – Erzeugergemeinschaft Südbayern eG – übernommen worden. Sie führe die Schlachtungen fort.

Ein gewisses Risiko für die Zukunft stelle die Afrikanische Schweinepest dar. Sie sei derzeit zwar noch nicht in Bayern angekommen, doch für die Zukunft müsse sie berücksichtigt werden.

In den vergangenen 20 bis 30 Jahren habe sich an den Schlachtstätten ein gewisser Investitionsstau ergeben, der auf der unsicheren Situation basiere, denn es sei unklar gewesen, wie sich die weitere Struktur entwickle. Zwar seien immer wieder Renovierungen durchgeführt worden, doch für die Zukunft müssten die Betriebe zusätzlich investieren.

Vorsitzende Petra Högl (CSU) sieht sich durch den Vortrag bestätigt, dass Bayern ein vielfältiges Angebot an Schlachtstätten brauche.

SV Wolfgang Härtl (Vorstandsmitglied Verband der Fleischwirtschaft e. V.) ist Vorstandsmitglied des Verbandes der Fleischwirtschaft e. V. – VDF. Der Verband arbeite bundesweit; etwa 90 % aller gewerblichen Schlachtungen in Deutschland würden von Betrieben durchgeführt, die dem Verband angehörten. Der VDF vertrete Betriebe vom Mittelstand bis zu den Großbetrieben. Zu seinen Mitgliedern zählten Vion und Tönnies ebenso wie sein eigener Betrieb.

Er, Härtl, sei nicht nur Vorstandsmitglied, sondern er sei auch ein mittelständischer Unternehmer und komme aus Erlangen. Seit 1956 führe seine Familie einen Schlachtbetrieb am Erlanger Schlachthof. Früher habe es in Bayern, in ganz Deutschland, hauptsächlich kom-

munale Schlachtbetriebe gegeben, und zwar in den Städten. Sie seien von den Städten betrieben worden. Doch nachdem immer mehr große Schlachtbetriebe aufgekommen seien, diese Konzerne auf der grünen Wiese oft neu gebaut hätten, seien in den letzten Jahrzehnten die kommunalen Schlachthöfe immer mehr verschwunden. Ansbach, Nürnberg, Kronach, Bamberg, aber auch München seien früher kommunale Schlachthöfe gewesen. Der Münchner Schlachthof sei das immer noch, inzwischen aber für Schweineschlachtung geschlossen. Die Rinderschlachtung in München laufe im Übrigen nur noch deshalb weiter, weil dort ein privater Großschlächter arbeite. Inzwischen sei es keine kommunale Aufgabe mehr, einen Schlachthof zu führen. Von den Kosten sei das auch nicht mehr darstellbar.

Zur Frage, warum sich die Struktur so sehr verändert habe und viele Schlachthöfe geschlossen würden: Der maßgebliche Grund sei die Verfügbarkeit der Viehzahlen. Ein nicht ausgelasteter Schlachthof könne nicht geführt werden. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, dass ein Schlachthof von den Landwirten ausreichend Schlachtvieh erhalte. Dafür müsse für die Landwirte eine Perspektive geschaffen werden, damit sich die Erzeugung stabilisiere. Auf dieser Grundlage könnten Schlachthöfe erhalten werden. Das Beispiel Bamberg habe gezeigt, was er damit meine: Der Bamberger Schlachthof sei für die Schlachtung von Schweinen ausgelastet gewesen, nicht jedoch für die Rinderschlachtung. Das sei aber keine Frage des Preises gewesen. Es seien einfach nicht genügend Tiere zur Schlachtung da gewesen. Der Schlachthof habe über Wochen pro Woche 40.000 Euro verloren. Das könne sich weder die Stadt noch ein privater Betreiber leisten. Eine Lösung biete in so einem Fall nur die Herausnahme von Schlachttagen. Die Branche müsse sich den Tierzahlen, die am Markt seien, die angeboten würden, anpassen. Einen anderen Weg gebe es nicht. Deshalb stelle sich die Frage, wie die landwirtschaftliche Erzeugung stabilisiert werden könne. Wenn das nicht möglich sei, werde es auch weiterhin zu Anpassungen in der Schlachtbranche kommen.

Die Situation bei den Schweinen habe sich in den vergangenen 12 Monaten stabilisiert. Deshalb seien die bayerischen Schlachtketten einigermaßen ausgelastet gewesen. Beim Rind bestehe derzeit aber eine Konkurrenzsituation, die Betriebe bekämen keine ausreichende Zahl von Rindern zur Schlachtung. Folglich könnten Sie nicht normal schlachten,

diese Kosten nicht umlegen. Als Beispiel: Für eine acht Stunden dauernde Schlachtung gebe es ein Fließband, das mit einer bestimmten Geschwindigkeit laufe, sodass beispielsweise 60 Tiere pro Stunde bearbeitet werden könnten. Wenn diese Stückzahl nicht vorhanden sei, gebe es nur Arbeit für etwa fünf Stunden. Ein Betrieb könne aber nicht ständig in Kurzarbeit gehen. Die Mitarbeiter seien da, sie wollten bezahlt werden, der Fleischbetrieb müsse einen Klassifizierer stellen, der dann eine Tagespauschale wolle, denn auf eine bestimmte Stundenzahl könne er sich nicht mehr verlassen. Wie bezahle man ihn, vor allem aber, wie bezahle man die 30 bis 40 Personen, die am Band arbeiteten? Dem Fachkräftemangel geschuldet, handle es sich um sehr gute Mitarbeiter aus den Nachbarländern, die anständig bezahlt würden. Diese Mitarbeiter wollten ihr Geld auch verdienen, anderenfalls suchten sie sich einen anderen Arbeitsplatz, beispielsweise in der Recyclingbranche. Wenn sie nicht mehr als Metzger arbeiteten, seien sie für die Branche verloren. Ein Betrieb müsse deshalb dafür sorgen, dass er die Bänder vollbekomme. Wenn es nicht genug Vieh gebe, sei das zwar gut für den Landwirt, weil die Preise stiegen, aber der Schlachtbetrieb könne nicht rentabel arbeiten.

Eine Frage sei auch, wie es mit der Weitergabe der Rinderschlachtung von Vion an Tönnies weitergehe. Es stehe zu befürchten, dass weitere Betriebe aufgeben müssten, verkauft würden oder geschlossen. Wahrscheinlich müssten einige Schlachtarten aus dem Markt genommen werden, um wieder ein normales Arbeiten zu ermöglichen.

Was brauche ein Schlachthof, um bestehen zu können? – Ein mittelständischer bis größerer Betrieb brauche dafür in erster Linie die Auslastung. Darüber hinaus werde eine funktionsfähige amtliche Überwachung gebraucht. In Erlangen habe es zeitweise Probleme gegeben, die amtliche Überwachung aufrechtzuerhalten, weil Tierärzte erkrankt seien. Zuständig seien drei Veterinäre, wobei man darüber streiten könne, ob man einen oder zwei für den Fortbestand eines Schlachtbetriebs brauche. Sein Betrieb habe teilweise zwei Veterinäre gehabt. Der Betrieb sei wegen Krankheit der Veterinäre eingestellt worden, und zwar für fast eine Woche. Die dadurch entstandenen Schäden seien kaum vorstellbar. Seine Firma habe daraufhin selbst nach Lösungen gesucht und mit Veterinären aus anderen Landkreisen gearbeitet, die einen Notbetrieb ermöglicht hätten.

Ein weiterer Aspekt seien die Kosten für die amtliche Überwachung. Eigentlich sei genau festgelegt, was in die Fleischbeschauggebühr eingerechnet werden dürfe. Das werde aber höchst unterschiedlich gehandhabt, eine Transparenz sei nicht gegeben. Die Kostenzusammensetzung sei nur schwer nachvollziehbar, obgleich die Schlachtbetriebe ein Anrecht darauf hätten. Die Kosten würden für den Standort "Erlangen neu" derzeit gemeinsam mit dem Veterinäramt berechnet, dabei gebe es Meinungsverschiedenheiten. Es müsse klar sein, was berechnet werde und die Kosten müssten vergleichbar sein; allen Betrieben müsse der gleiche Kostensatz zugrunde gelegt werden. Es müsse Klarheit geschaffen werden, damit die Vergleichbarkeit wieder gegeben sei.

Generell stiegen alle Kosten, nicht nur für das Personal; gleiches gelte für Dienstleistungen, Material und vieles mehr. Auch die Energiekosten seien nicht unerheblich. Deshalb sei die Investitionsbereitschaft für die Energie relativ hoch, denn man müsse wieder zu einem vernünftigen Maß kommen. Die Kosten für die Konfiskatbeseitigung, die die Betriebe nicht in der Hand hätten, belasteten sie sehr. Dafür würden Sätze aufgerufen und verändert und es zeige sich, die Sätze seien bundesweit und regional sehr unterschiedlich. Auch hier bestehe ein großer Hebel, um die laufenden Kosten zu vermindern. Dies wäre ein weiterer Ansatzpunkt, um wieder zu einem normalen wirtschaftlichen Arbeiten zu kommen. Selbst die beste Förderung könne ein wirtschaftliches Arbeiten langfristig nicht ersetzen. Es gehe um die Eigenverantwortung der Wirtschaft, die gegeben sei und von der Wirtschaft auch gerne angenommen werde. Ein Betrieb müsse sich um gute Arbeitskräfte kümmern, anständige Löhne bezahlen, sich um die Tiere kümmern und vieles mehr. Diese Verantwortung werde gerne angenommen, aber die Rahmenbedingungen müssten stimmen. Die Betriebe müssten die Chance haben, wieder normal zu arbeiten.

Seine Firma habe den kommunalen Betrieb in Fürth, in den wenig investiert worden sei, übernommen und in den vergangenen drei Jahren circa 6 Millionen Euro aus eigener Tasche, ohne Förderung, investiert. Man setze diese Arbeit fort, anders gehe es nicht. Aber wenn es kein Vertrauen in die Zukunft gebe, dann habe man Schwierigkeiten, den Kapitalbedarf bei der Bank zu rechtfertigen, damit der Betrieb abgesichert werden könne. Diesbezüglich stelle sich die Situation der Schlachtbetriebe genauso dar wie bei den Landwirten: Gebraucht werde Vertrauen und Planungssicherheit. Die Schlachtbetriebe

benötigten Rahmenbedingungen und einen Markt, mit denen sie arbeiten und vorankommen könnten. Das sei das Hauptanliegen.

Vorsitzende Petra Högl (CSU) bestätigt, wenn ein Schlachthof nicht wirtschaftlich arbeite, könne das Problem mit staatlicher Förderung nicht aufgefangen werden. Dafür würden verlässliche Rahmenbedingungen gebraucht, das könne sie, Vorsitzende Högl, bestätigen. Ihre Fraktion schätze die Wirtschaftskraft, die durch Metzgereien und Schlachtstätten generiert werde, sehr hoch ein. Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Erlöse kämen aus dem tierhaltenden Bereich. Deshalb sei es so wichtig, dass die Tierhaltung in Bayern auch künftig erhalten, gefördert und unterstützt werde. Gleichwohl wüssten CSU und Staatsregierung um die Herausforderungen, vor denen die Branche stehe. Es gebe zu denken, dass die Tierzahlen rückläufig seien. Darauf habe Landwirtschaftsministerin Kaniber bei der Vorstellung des Agrarberichts im Dezember auch hingewiesen.

SV Paul Daum (Vion Food North B.V.) bezeichnet die Auslastung der Schlachtbetriebe ebenfalls als wichtigsten Aspekt. Ein nicht ausgelasteter Schlachtbetrieb könne nicht wirtschaftlich arbeiten. Eine Nichtauslastung könne nur zeitlich begrenzt durchgehalten werden. Anderenfalls müsse ein Betrieb seine Pforten schließen. Deshalb sei ein anderer Aspekt so wichtig und zwar, dass die Landwirtschaft gestärkt werde. Es sei bereits dargelegt worden: Von 2023 bis 2024 sei die Zahl der Rinder erneut um 2 % bis 2,5 % zurückgegangen. Dieser Prozess könne die letzten 10 bis 15 Jahre zurückverfolgt werden. Die Prognose für die nächsten Jahre bis 2030 gehe ebenfalls davon aus, dass die Zahl weiter sinke und gehe von einem Rückgang von 7 % bis 8 % aus. In einer Branche mit einem ständigen Rückgang müsse auch hinterfragt werden, wie es mit dem Selbstversorgungsgrad aussehe.

Die Gesellschaft wolle regionale Produkte. Es gebe viele Qualitätsprogramme, die Haltungsformen seien in Deutschland eingeführt worden. Viele Marken bei den Haltungsformen legten kürzere Entfernungen zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und den Schlachtbetrieben fest. Auch dieser Aspekt müsse immer wieder berücksichtigt werden. Die Vion-Schlachtbetriebe erfassten 85 % der Tiere in einem Radius von 150 Kilometern. Wenn die Landwirtschaft aber immer weiter zurückgehe, wenn immer mehr

landwirtschaftliche Betriebe die Tore schlossen, weil sie seit Jahren keine Sicherheit hätten, weil die Voraussetzungen beispielsweise für den Stallbau nicht gegeben seien und alle zwei Jahre geändert würden, dann habe das auch Auswirkungen auf die Schlachtbetriebe. In der vergangenen Woche habe er, Daum, zwei landwirtschaftliche Betriebe besucht, die vor zwei Jahren investiert und einen Stall gebaut hätten. Nun müssten sie feststellen, dass die Ställe den angedachten Vorgaben der derzeitigen Bundesregierung nicht entsprächen. So etwas sei äußerst problematisch.

Die Konfiskatkosten und die Fleischhygienegebühren seien bereits angesprochen worden. Diese Kosten seien ebenso belastend wie die anwachsenden Personalkosten. All das mache der Branche Sorgen. Die Schlachthofstruktur, die es in Bayern zum Glück noch gebe, verlange, dass auch in den kleineren Betrieben die Hygienevorgaben und die Tierschutzregelungen eingehalten würden. Fördermaßnahmen seien notwendig, damit die Betriebe nicht geschlossen würden. Ob es um den Schlachthof in Aschaffenburg gehe oder um kommunale Schlachtbetriebe, die aufgrund gewisser Vorfälle hätten geschlossen werden müssen, sollte bedacht werden, dass man dagegenhalten müsse, wenn man die Regionalität nach wie vor anbieten könne.

Energiekosten, Bürokratismus, das seien tagtägliche Schlagworte. Es werde immer wieder versprochen, die Bürokratie werde reduziert. Die Betriebe erlebten aber vielmehr, dass die Bürokratie immer mehr zunehme. Was das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die Nachhaltigkeit anbelange, so erhoffe sich die Branche, dass die Bürokratie dafür zumindest machbar sei. Die Betriebe könnten nicht nur Papier produzieren, um Daten zu erheben. Dafür müssten entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Die Zahlen seien alle genannt, die Entwicklung dargestellt worden. Mehr sei an dieser Stelle nicht darzulegen.

Vorsitzende Petra Högl (CSU) verdeutlicht, das Thema Bürokratie beschäftige das Parlament. Deshalb hätten vor etwa zwei Jahren Landtagsabgeordnete gemeinsam mit dem Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Abgeordneten Walter Nussel bei einem Metzgerbetrieb einen Praxis-Check durchgeführt. Es sei überlegt worden, welche Vorgaben wichtig und sinnvoll seien und, was künftig weggelassen werden könnte.

SV Philipp Reiners (Geschäftsführer Vieh- und Fleischhandelsverband e. V.) will sich in seinen Darlegungen auf die Tätigkeit seines Verbandes fokussieren, da die wichtigsten Aspekte, wie die Nichtauslastung, bereits genannt worden seien. Im Vieh- und Fleischhandelsverband seien die freien Viehkaufleute organisiert. In Bayern seien das etwa 300 Stück. Sie stellten quasi das Bindeglied zwischen der Landwirtschaft und den Schlachthöfen dar. Sie seien dafür verantwortlich, dass die Tiere, die bei den Landwirten abgeholt würden, zu den Schlachtstätten kämen, sei es im Rahmen eines Transports oder im Rahmen eines Geschäfts, bei dem der Viehkaufmann die Tiere auf eigenes Risiko kaufe und dann an eine Schlachtstätte verkaufe.

Beim Schweinehandel habe der Verband eine größere Zahl von Mitgliedern. Sie vermarktet pro Woche zwischen 5.000 und 10.000 Schweinen. Die Gesellschaft fordere von den Viehkaufleuten und der Transportwirtschaft, dass möglichst kurze Wege zurückgelegt würden. Deshalb sei die Schlachthofstruktur für den Vieh- und Fleischhandel sehr wichtig. Je weniger Schlachthöfe es in Bayern gebe, umso länger würden die Transportwege. Manchmal nehme man auch längere Wege in Kauf, wenn die Preise an einem anderen Schlachthof günstiger seien oder Schlachthöfe bestimmte Qualitätsprogramme nicht anböten. Dieser Aspekt sei allerdings eher zu vernachlässigen.

Die Frage, weshalb es ein Schlachthofsterben gebe, sei bereits angesprochen worden: Die Schlachthöfe seien teilweise nicht ausgelastet. Wenn der Viehhandel den einen oder anderen Schlachthof nicht mehr anfähre, könne das an der Preissituation liegen, in manchen Fällen könne es aber auch andere Ursachen haben. Wenn ein Viehhändler mit den Veterinären an einem Schlachthof schlechte Erfahrungen gemacht habe, dann könne auch das ein Grund sein. Es gebe das Sprichwort, ein Mensch sei nur so lange gesund, solange man ihn nicht lange genug untersucht habe. Ähnliches gelte für die Tiere. In den letzten Jahren habe sich gezeigt, dass unerfahrene Tierärzte auch kleinste Wehwehchen anprangeten. Der Vieh- und Fleischhandelsverband schreibe Tierschutz groß und transportiere keine transportunfähigen Tiere. Aber es gebe nun einmal Fälle, in denen ein Tier irgendwelche Wehwehchen habe. Wenn ein junger unerfahrener Tierarzt dann sofort eine Anzeige schreibe, und wenn das mehrmals die Woche passiere, dann komme es vor, dass ein solcher Schlachthof nicht mehr angefahren werde. Die Politik sollte das Augenmerk

auch stärker auf die Ausbildung der Tierärzte richten und dafür mehr investieren. Das wäre wahrscheinlich auch im Sinne des Ministeriums. Der Tierärztemangel sei bekannt. Während der Corona-Pandemie seien Tierärzte wegen Krankheit ausgefallen, sodass ganze Schlachtstage hätten gestrichen werden müssen.

Vorsitzende Petra Högl (CSU) erwidert, der Mangel an Tierärzten sei bekannt. Das Problem sei auch dem Umstand geschuldet, dass die Absolventen der Tiermedizin lieber in eine Kleintierpraxis gingen als in eine Großviehpraxis. Frau Abg. Dr. Petra Loibl (CSU) sei Mitglied dieses Ausschusses und von Beruf Tierärztin. Sie werde hierzu sicherlich noch etwas sagen.

Sve Isabella Timm-Guri (Direktorin Fachbereich "Erzeugung und Vermarktung", Generalsekretariat Bayerischer Bauernverband) will mit ihrem Beitrag die Anliegen und Positionen der bayerischen Bauernfamilien einbringen. Über 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern gehörten dem Bayerischen Bauernverband – BBV – an. Die Tierhaltung sei die tragende Säule der bayerischen Landwirtschaft und die Erzeugung tierischer Lebensmittel ein wichtiges Standbein für viele bäuerliche Familien. 70 % der Verkaufserlöse der bayerischen Landwirtschaft entfielen auf Milch, Rind- und Schweinefleisch sowie Kalbfleisch. Gerade für die kleiner strukturierten bayerischen Betriebe sei die Tierhaltung eine Chance, auch mit einer kleineren Flächenausstattung ein Einkommen zu erzielen, mit dem eine Familie ernährt werden könne. Gleichzeitig werde dadurch die Nutzung des Grünlands gewährleistet, die nur über den Magen des Wiederkäuers möglich sei. Deshalb sei die Tierwirtschaft ein wichtiger Teil einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft.

Tierhaltung und Schlachthofstrukturen stünden in einer gegenseitigen Abhängigkeit. Ohne Tiere keine Schlachthöfe, je weniger Tiere, umso weniger Schlachthöfe. Ohne Schlachthöfe in Bayern gebe es auch keine regionalen bzw. bayerischen Fleisch- und Wurstprodukte. Die Tierhaltung stehe am Anfang der Wertschöpfungskette für tierische Lebensmittel. Sie biete das Fundament.

Die letzten Jahre seien schwierig gewesen, was sich im Rückgang der Betriebe, wie auch der Tiere niederschlage. Wenn man ein längeres Zeitfenster anschauere, dann sei der Rück-

gang, insbesondere bei den Schweinehaltern, dramatisch. In den letzten zehn Jahren habe Bayern über 50 % verloren. Auch die Zahl der Rinderhalter sei zurückgegangen. Die Zahl der Milchviehhalter habe in den vergangenen sechs Jahren um 25 % abgenommen. Der Rückgang sei auch dem Rückgang des Fleischverzehr und die Fleischkonsums geschuldet, aber der BBV sehe vor allem die sich verändernden Rahmenbedingungen als grundlegendes Problem. Das seien zum einen nationale Alleingänge bei der Gesetzgebung gewesen, beispielsweise bei der Ferkelkastration oder die Vorgaben zum Wartebereich. Solche Änderungen hätten viele Betriebe vor die Frage gestellt, ob sie ihre Sauenhaltung weiterbetreiben wollten. Bei der Schweinehaltung sei folglich der stärkste Strukturbruch feststellbar. Hinzu komme die fehlende Planungssicherheit, fehlende politische Leitplanken- und Rahmenbedingungen, insbesondere auf der Bundesebene. Auch das habe zu Zurückhaltung bei der Tierhaltung bzw. bei Investitionen in die Tierhaltung geführt.

Nicht ohne Folgen sei auch die öffentliche, mediale Diskussion um die Tierhaltung gewesen; sie sei nicht spurlos an den Betrieben vorbeigegangen. Die Frage "Sind wir noch gewollt?" sei von vielen Tierhaltern gestellt worden. Das habe die Tierhalter sehr beschäftigt. Der Rückgang der Tierhaltung und damit die sinkenden Zahlen der geschlachteten Tiere und die dadurch entstehenden Überkapazitäten an den Schlachtstätten hätten die Schlachthofstruktur in Bayern erheblich unter Druck gesetzt. Man könne generell sagen: Wenn die Tierhaltung huste, habe die Schlachtwirtschaft eine Erkältung.

Die bayerischen Schlachthöfe seien der Schlüssel zur Wertschöpfungskette für regionale Fleisch- und Wurstprodukte, die den bayerischen Verbrauchern doch so wichtig seien. Die im vergangenen Herbst in Bayern veröffentlichte Ernährungsstudie belege, 94 % der bayerischen Verbraucherinnen und Verbraucher wollten auch künftig tierische Lebensmittel konsumieren. Viele Verbraucher legten großen Wert auf Herkunft und Regionalität. Das habe mit den Transportzeiten zu tun, die auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterhin ein Thema seien. Es werde auf die Überarbeitung der EU-Tiertransportverordnung verwiesen. Geschlossene Wertschöpfungsketten wie in Bayern seien eigentlich die passende Antwort auf diese Fragen, und zwar jetzt wie auch in Zukunft. Sie seien auch die Grundlage für die Ernährungssicherung und die Vermeidung einer Abhängigkeit von Im-

porten. Deshalb sei es auch dem BBV wichtig, dass es in Bayern eine ausreichende Zahl an Schlachtstätten gebe, die über ganz Bayern verteilt seien, damit die Vielfalt der Schlachtstrukturen erhalten werden könne.

Die verschiedenen Strukturen seien bereits angesprochen worden. Ob selbst schlachtende Metzger, die für viele Bauern langjährige verlässliche Marktpartner seien, oder die mittelgroßen Schlachtbetriebe, wo viele Direktvermarkter schlachteten, oder die großen Player, sie alle hätten ihren Platz und bedienten wichtige Märkte, ob Lebensmitteleinzelhandel oder Export. Deshalb gelte hier wie so oft: Der Mix macht's.

Hinzukämen zwei wichtige Pfunde, die allen Marktakteuren in der Kette zur Verfügung stünden und einen wichtigen Beitrag zum Erhalt dieser Wertschöpfungsketten leisteten. Das seien zum einen Programme wie "Geprüfte Qualität – Bayern", da sie dem Verbraucher Transparenz und Orientierung böten. Der Branche eröffneten sie die Chance auf Wertschöpfung und die Nichtaustauschbarkeit am Markt. Beides sei wichtig, um am Markt erfolgreich zu sein.

Das zweite Pfund sei der Fleischprüfing. Er ermögliche nicht nur eine neutrale Klassifizierung, sondern auch Projekte, die Zukunftsthemen adressierten wie beispielsweise das Tierwohl-Monitoring.

Nach Auffassung des Bayerischen Bauernverbandes könne die Politik hier unterstützen, und das mache sie auch. Unterstützung werde auf den verschiedenen Ebenen gebraucht, das sei bereits dargestellt worden. Betroffen seien die direkten Schlachtstrukturen ebenso wie die Schlachtebene insgesamt. Unterstützung gebe es durch Programme wie VuVregio und die Marktstrukturförderung. Es sollte geprüft werden, wie die sensiblen kleineren und mittleren Strukturen gezielter erreicht werden könnten, damit dort Investitionen möglich würden. Auf das Problem eines Investitionsstaus und die Notwendigkeit von Modernisierungen sei bereits hingewiesen worden.

Des Weiteren sollte das Programm "Geprüfte Qualität – Bayern" weiter gestärkt und ausgebaut werden. Das sollte insbesondere in Richtung Außer-Haus-Verzehr geschehen, der bislang ein ziemlich unbeschriebenes Blatt sei. Hier gebe es Möglichkeiten, die die gesam-

te Wertschöpfungskette stärken. Deshalb sollte auch für den Außer-Haus-Verzehr "Geprüfte Qualität – Bayern" von Bedeutung sein.

All diese Instrumente würden aber nur Früchte tragen, wenn die Tierhaltung in Bayern in eine gute Zukunft geführt werde. Das betreffe die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie ein Senken von Bürokratie und Dokumentation auf allen Ebenen. Manchmal seien die Landwirte schon froh, wenn es nicht mehr werde. Was beispielsweise die EU-Verordnung EUDR anbelange, so könne man nur hoffen, dass viele Dinge nicht kämen, weil sie nicht sinnvoll seien und nur Aufwand bedeuteten. Das Programm BayProTier sei hingegen ein sehr guter und wichtiger Ansatz, was auch die Nachfrage der Betriebe belege. Um die Stärkung der Tierhaltung auszubauen, wäre es von großer Bedeutung, dass in das Programm auch Kälber und Fresser integriert würden. Außerdem müsse das Programm in eine Mehrjährigkeit überführt werden, denn nur dann könnten Investitionsentscheidungen darauf aufgebaut werden. Verlässliche, länger wirkende Rahmenbedingungen – ob politische Rahmenbedingungen oder Förderprogramme – seien für die Betriebe von großer Bedeutung. Tierhalter hätten mit schnellen Veränderungen große Probleme, denn wenn sie ihre Investitionsentscheidungen trafen, müssten sie sich darauf verlassen können, dass die Gegebenheiten eine gewisse Zeit stabil blieben. Deshalb sei dies ein zentraler Punkt, um die Tierhaltung zu stärken.

Vorsitzende Petra Högl (CSU) betont ausdrücklich, die Tierhalter seien in Bayern gewollt. Die Tierhaltung in Bayern werde gebraucht, hier werde Wertschöpfung generiert und nur dadurch könnten regionale Produkte entstehen. Frau Timm-Guri habe einige Ansatzpunkte genannt, wie die Tierhaltung gestärkt werden könne.

Nun komme ein Praktiker zu Wort, Herr Stefan Nies, der selbst eine Metzgerei betreibe. Er könne Auskunft darüber geben, was der Kunde wolle und, wie er die Thematik der Schlachtstätten beurteile.

SV Stefan Nies (Hofmetzgerei Nies) ist seit 25 Jahren in der Branche tätig. Vor einigen Jahren habe er einen Lohnschlachtbetrieb gegründet, damals noch mit einer Hausschlachtung, um die Nachfrage nach 10 Kilogramm Wurst befriedigen zu können. Mittlerweile sei

sein Betrieb zu einem mittelständigen Unternehmen herangewachsen und beschäftige 25 Angestellte. Aktuell befinde er sich in einer Betriebsübernahme der Firma Maischberger in Buchloe.

Die Vorredner hätten einiges angesprochen, was auch bei ihm auf der Agenda stehe, er an dieser Stelle aber nicht ansprechen solle. Das Problem aus seiner Sicht liege ganz wo anders. Er habe höhere Kosten, und das Problem bestehe darin, dass die daraus resultierenden Preise von den Kunden nicht mehr bezahlt würden. Hohe Qualität zu erzeugen, bedeute hohe Kosten. Der Endkunde könne sie aber aufgrund der Inflation und anderer Dinge nicht bezahlen. Er könne die regionalen Bauern durch die Abnahme ihrer Tiere unterstützen, er habe auch Lohnschlachtungen von mehreren hundert Tieren im Jahr, und er nehme auch Notschlachtungen vor. Letztere würden durch seinen Betrieb regional und überregional abgedeckt. Aber er, Nies, könne machen was er wolle, das helfe nicht weiter, wenn die Kosten zu hoch seien. Gebraucht würden, möglichst sofort, Steuerbegünstigungen in den landwirtschaftlichen Betrieben oder auch bei ihm im Betrieb, damit auf kurz oder lang nicht Betriebe geschlossen werden müssten, weil die Preise an der Theke nicht mehr generiert werden könnten.

Die Vorredner hätten bereits dargestellt, welche Lösungen man für große Betriebe brauche. Er sehe aber die Notwendigkeit von Lösungen für die kleineren Betriebe. Diese Betriebe seien vor Ort, in den Kommunen, in den Gemeinden systemrelevant. Sie verkauften die Ware direkt vor Ort. Im Moment sei der Kunde aber nicht bereit, die Preise zu bezahlen, die verlangt werden müssten, um davon leben zu können. Das sei das entscheidende Problem.

Ein Problem sei auch, dass er, Nies, wenig Ansprechpartner habe, mit denen er Lösungsmöglichkeiten erörtern könnte. Er gehöre beispielsweise der Stiftung "Heimatunternehmen Allgäu" an. Was die Betriebsübernahme von der Firma Maischberger in Buchloe und das Betriebswachstum anbelange, werde er von Manuela Müller-Gaßner und Albert Eckl betreut. Aber was die Förderung anbelange, so wisse man oft gar nicht, wo es Fördergelder gebe, was gefördert werde. Er plane beispielsweise einen kompletten Neubau in den nächsten Jahren. Der Kostenvoranschlag liege bei 3,5 bis 4 Millionen Euro. In seinem Landkreis hörten einige Metzger auf oder stellten die Schlachtung komplett ein, weil die

Unkosten zu hoch seien. Hinzu kämen auch Probleme mit den Mitarbeitern. Nun sei aber gar nicht klar, ob und woher er Fördergelder bekommen könnte. Deshalb würde an dieser Stelle Beratung gebraucht, und zwar relativ schnell und ohne lange Wartezeiten für die Termine.

Ein großes Problem für die Metzgerbranche sei das Image. Wenn beispielsweise an größeren Schlachthöfen etwas passiere, was nicht unbedingt gewollt sei, dann werde das auch auf die kleinen Schlachtstätten projiziert. Seine Überlegung, um dagegen zu halten, sei ein transparentes, gläsernes Arbeiten, was er auch in seinem Neubau berücksichtigen wolle. Er wolle zeigen: Metzger sein sei cool, Handwerk mache Spaß. Deshalb brauche er diesen Neubau. Und hier schließe sich das nächste Problem an, nämlich einen Bauplatz zu finden. Es sei ein riesiges Problem, ein geeignetes Gewerbegrundstück zu finden. Warum könnten die Kommunen, die Gemeinden hier nicht hilfreich zur Seite stehen? Er habe bereits einige Gespräche geführt, doch die Preisvorstellungen seien utopisch. Als kleiner Unternehmer mit 25 Angestellten könne er das nicht leisten. Hinzukämen die Auflagen vom Veterinäramt und der Regierung, was den Erhalt der Schlachtung in Stadtrandnähe anbelange. Auch deshalb sei er gezwungen, in den nächsten 10, 15 Jahren den Neubau draußen umzusetzen.

In den letzten Jahren habe er viele junge Metzger ausgebildet und auch begleitet. Das sei auf der 540-Euro-Basis möglich gewesen. Sie hätten in seinem Betrieb geschlachtet und auf diese Weise die Schlachtung sehr gut gelernt. Es könne viel bewegt werden, wenn man den jungen Menschen die Arbeit präsentiere, die Schlachtung zeige und sie mitnehme. Das zeige sich dann auch wieder im Hinblick auf den Endverbraucher. Die Zahl der Kunden werde größer. Teilweise kämen sie vorbei, klopfen an der Haustür und erklärten, was sie brauchten. So habe er mit seinem Betrieb begonnen. Deshalb sei es so wichtig, gläsern zu werden, wirklich zu zeigen, wie man arbeite und nicht nur sagen: Wir haben eine Schlachtstätte. Es reiche nicht, Schlachtstätten zu erhalten und die Zahl der Schlachttiere zu erhöhen. Man müsse das Image pushen, gläsern werden. Dann habe seine Branche Zukunft.

Die Zusammenarbeit mit den Bauern sei äußerst wichtig. Er stamme aus einem landwirtschaftlichen Betrieb. Vor zwei Jahren sei die Viehhaltung eingestellt worden. Bis dahin

habe der Betrieb 80 Milchkühe gehabt. Er habe sich für den Weg in die Schlachtbranche und zur Metzgerei entschieden und die Milchproduktion eingestellt. Aktuell arbeite er mit 165 landwirtschaftlichen Betrieben zusammen. Damit sei er ein regionaler und überregionaler Lohndienstschlächter. Er stehe beratend für die Preiskalkulation, für Verpackung und Etikettenerstellung usw. zur Verfügung. Letzteres mache seine Frau. Auch damit stünden sie den landwirtschaftlichen Betrieben zur Seite. Sie arbeiteten mit vielen landwirtschaftlichen Betrieben zusammen und nähmen ihnen die Schlachttiere ab.

SV Stefan Nies führt in Stichworten weitere Überlegungen an, die aus seiner Sicht notwendig seien, um die Situation der Metzgereibetriebe zu verbessern: Kosten senken, inklusive der Kosten für die Hygieneuntersuchung und der Entsorgung von Material der Kategorie 1, sowie Steuerbegünstigungen für Kleinschlachtstätten. – Es bestehe schneller Handlungsbedarf. Je länger gewartet werde, umso schwieriger werde die Lage.

Vorsitzende Petra Högl (CSU) bedankt sich für die vielen interessanten Aspekte, die Herr Nies angesprochen habe. Die Anregung, den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu zeigen, wie eine Metzgerei funktioniere, werde aufgenommen. Die höheren Kosten über den Laden zu erwirtschaften, sei in der Tat eine Herausforderung. Das könne jeder bestätigen.

Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU) bedankt sich für die eindrucksvollen Ausführungen der Sachverständigen. Das Schlachtwesen liege den Abgeordneten sehr am Herzen, weshalb er, Abg. Freiherr von Waldenfels froh sei, sich so ausführlich den Problemen widmen zu können. Die Lagebeschreibung seitens der Sachverständigen zeichne ein ernstes Bild, welches dem entspreche, das sich die Abgeordneten gemacht hätten.

Derzeit werde ein wirklicher Strukturwandel festgestellt, ausgelöst durch das geänderte Nachfrageverhalten. Gebe es wissenschaftliche Studien, auf die man sich stützen könne? Wenn wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen seien, könnten sie eine gewisse Sicherheit geben beispielsweise dann, wenn sie Aussagen dazu machten, dass bei der Nachfrage eine Talsohle erreicht sei, auf der sich die Situation stabilisiere. Oder sei davon auszugehen, dass sich der Prozess weiter fortsetze? Könnten diesbezügliche Annahmen getroffen werden?

Es sei sehr erfreulich, was Herr SV Bubnick zum Handeln des Freistaats gesagt habe. Staatsregierung und Parlament müssten alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten tun, um die Transformation marktmöglich umzusetzen und zu begleiten. Man sehe sich objektiven Rahmenbedingungen gegenübergestellt. Wie laute die Prognose der Sachverständigen?

Wie sehe die Situation nach Auffassung der Sachverständigen in Oberfranken aus? Was sei in diesem Zusammenhang hinsichtlich des Schlachthofs in Kulmbach zu sagen?

Abg. Ruth Müller (SPD) bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Der Erhalt der Schlachtstätten sei ein sehr wichtiges Thema, denn Tierhaltung, Weidewirtschaft und Ernährung gehörten eng zusammen. Vor diesem Hintergrund stellten sich verschiedene Fragen: Welche Rolle spiele der Lebensmitteleinzelhandel? Wie wirkten sich dessen Vorgaben auf die dezentralen Schlachthofstrukturen aus? Gebe es eine Zusammenarbeit? Was würden sich die Sachverständigen von den großen Playern dieses Segments wünschen?

Staatsministerin Kaniber habe angekündigt, sie wolle den Bürokratieabbau weiter voranbringen. Welche Wünsche und Anregungen hätten die Sachverständigen diesbezüglich an die Ministerin und an den Ausschuss?

Bereiteten die Afrikanische Schweinepest – ASP – und die Maul- und Klauenseuche Sorgen? Fühlten sich die Sachverständigen diesbezüglich gewappnet? Wüschteten sie sich mehr Hilfe und Unterstützung seitens der Politik und wenn ja, welche?

Zum Thema Tiertransporte: Wenn auf EU-Ebene eine Verkürzung der Transportzeiten vorgegeben werde, könnte das eine Chance sein, dass mehr dezentrale Schlachthofstrukturen aufgebaut würden?

Es sei dargelegt worden, der Metzgerberuf sei eine Tätigkeit, die nicht so stark nachgefragt werde. Wie stelle sich das Thema Fachkräfte für die Sachverständigen dar? Wie gehe es den Schlachtereien, insbesondere den großen, die auf osteuropäische Arbeitskräfte angewiesen seien? Würden Chancen gesehen, wie der Bedarf an Fachkräften auch aus Deutschland gedeckt werden könnte?

Abg. Harald Meußgeier (AfD) betont, auch ihm lägen die Schlachthöfe am Herzen, weshalb er vor einiger Zeit einen Antrag zum Schlachthof Kulmbach gestellt habe. Die Probleme der Schlachthöfe hätten vielfältige Ursachen. Die Sachverständigen hätten den Rückgang der Tierzahlen beklagt. Dahinter stehe die Tatsache, dass immer mehr landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben würden, nicht zuletzt auch aufgrund der vielen Auflagen seitens der Europäischen Union. Die Landwirte gäben auf, weil die Arbeit sich nicht mehr lohne.

Er, Abg. Meußgeier, komme aus Kronach, einer Stadt mit 17.000 Einwohnern. Vor 20 Jahren habe es noch etwa fünf ortsansässige Metzgereien gegeben, doch von diesen sei nur noch eine übrig und die Kämpfe. Es stehe zu befürchten, dass auch sie schließe. Allein daraus könne geschlossen werden, wie schwierig die Situation sei und welche Probleme sich dadurch für Bayern ergäben. Oberfranken habe drei Schlachthöfe verloren, und zwar Coburg, Kronach und Bamberg. Über die Zukunft des Schlachthofs in Kulmbach sei noch nicht entschieden. Mit seinem Antrag habe er versuchen wollen, den Kulmbacher Schlachthof nach vorn zu bringen.

Vielleicht müsse ein grundlegendes Umdenken beginnen. Beispielsweise könnte überlegt werden, Schlachthöfe nicht als reine Schlachtstätten zu betrachten und Markthallen zu integrieren. Dort könnten die Landwirte eigenständig ihre Produkte vermarkten. Möglicherweise würde auch die Überlegung eines gläsernen Schlachthofes weiterhelfen. Dort könnten beispielsweise Schulklassen den Schlachtprozess vor Ort ansehen. Die Jugend sollte mitbekommen, wie ein Tier geschlachtet werde. Das sei vielen nicht mehr vertraut.

Die Betäubungsmethoden in den Schlachthöfen würden in vielen Fällen kritisiert. Das in Kulmbach ansässige Max Rubner-Institut habe Versuche zur Tötung der Tiere im Schlachthof durchgeführt. Aktuell werde für die Schweineschlachtung zur Betäubung nach wie vor CO₂ benutzt. In Kulmbach sei man etwas fortschrittlicher und habe eine eigene Helium-Betäubungsanlage entwickelt. Die funktioniere sehr gut und nach Aussagen des

Schlachthofbetreibers sei diese Methode für die Tiere wesentlich schonender. Die Schweine würden nicht so qualvoll betäubt wie mit CO₂.

Abg. Paul Knoblach (GRÜNE) bedankt sich bei den Sachverständigen für deren Input, Fachwissen, aber auch Praxiswissen. Das alles helfe, um über den Tag hinaus Lösungen für dieses schwierige Problem zu finden. Da er, Abg. Knoblach, sich regelmäßig mit Herrn Lars Bubnick austausche und die Argumentationslinien wechselseitig bekannt seien, habe er zu seinen Ausführungen keine Fragen.

Herr Härtl habe von Vorkommnissen mit Veterinären gesprochen. Herr Härtl möge erklären, welche Zielrichtung er in Hinsicht auf die Veterinärinnen und Veterinäre verfolge. Herr Härtl habe auch davon gesprochen, die landwirtschaftliche Erzeugung zu stabilisieren, was er, Abg. Knoblach, als Landwirt im Austrag nur unterstützen könne. Herr Härtl möge aber erläutern, was er unter einer Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugung verstehe.

Herr Daum habe auf die Schließung von Schlachtstätten wie Aschaffenburg durch gewisse Vorfälle verwiesen und, dass diesen entgegengewirkt werden sollte. Was meine er damit?

Herr Reiners habe vom Schlachtstättensterben gesprochen. Die Recherchen seiner Fraktion hätten ergeben, dass in den vergangenen zehn Jahren 20 % der bayerischen Schlachtstätten zugemacht hätten. Bayern habe sich zwar mit 1.600 Schlachtstätten noch immer positiv im Bundesvergleich ab, aber das Netz sei schon dichter gewesen. Die GRÜNEN seien davon überzeugt, es lohne sich, dieses Schlachtstättensterben aufzuhalten. Bayern habe diesbezüglich viel zu verlieren.

Frau Isabella Timm-Guri habe die Verbesserung der Schweinehaltung eingefordert. Das sei durch die Fördermittel des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes durch den Bund gemacht worden. Die Fördermittel liefen geraden an. Werte Frau Timm-Guri das als den richtigen Weg?

Herr Nies sei auf Initiative der GRÜNEN zum Fachgespräch eingeladen worden. Als Praktiker könne Herr Nies sagen, was vor Ort wirklich gebraucht werde und er wünsche sich

mehr und vor allem zügigere Beratungstermine, um Antworten auf seine Fragen zu bekommen. Sei Herr Nies der Auffassung, es werde ein Beratungswesen gebraucht mit Personen, die zügig vor Ort sein könnten, um beispielsweise Auskunft über mögliche Fördermittel zu geben? – Herr Nies könne in einem Betrieb mit 25 Beschäftigten keine juristische Abteilung führen. Deshalb sei es sehr wichtig, dass man die kleinen Betriebe unterstütze, um schnell und verständlich Fördermöglichkeiten zu erkennen. Im Übrigen seien den GRÜNEN die großen und die kleinen Schlachtstätten wichtig.

Herr Nies möge darlegen, welche Hemmschuhe es bei der Hof- und Weideschlachtung gebe.

Abg. Sascha Schnürer (CSU) hebt hervor, der Freistaat stehe hinter den Landwirten und den wundervollen Produkten, die im Freistaat produziert würden und genossen werden könnten. Staatsministerin Kaniber und Ministerpräsident Söder hätten die Produkte auf der Grünen Woche wieder eindrucksvoll vorgestellt. Bayern sei ein Aushängeschild und das Fleisch gehöre zu den landwirtschaftlichen Produkten dazu. Der Freistaat sei stark und handlungsfähig, bemühe sich um Bürokratieabbau, habe Qualitätslabels und die Kennzeichnung von Haltungsformen eingeführt wie Bio oder Regional. Vermarktungstechnisch sei das gut und eine große Chance, doch alles habe seinen Preis und bringe auch Nachteile mit sich. Das zeige sich im Produktionsablauf. Herr Härtl und Herr Bubnick könnten sicher etwas dazu sagen, was immer vielfältigere Produkte für die Auslastung der Produktionszyklen bei kleinen und mittleren Betrieben bedeute. Wenn über Bürokratie und Dokumentation geredet werde, dann sei auch zu bedenken, dass die Produktion der einzelnen Chargen auseinandergehalten werden müssten. Sie müssten unterschiedlich beschriftet, belabelt und verpackt werden; dazwischen müsse die Produktionsschiene immer wieder gereinigt werden. Die kleinen und mittleren Betriebe sollten dabei mitgenommen werden, deshalb stelle sich die Frage, was der Landtag, also der Gesetzgeber, zur Vereinfachung und zur Prozessharmonisierung beitragen könne. Welche Strukturen sollten gestärkt werden, wie könne die Branche in eine hoffnungsvolle Zukunft begleitet werden?

Abg. Gerd Mannes (AfD) bringt seinen Dank für die hochinteressanten Ausführungen zum Ausdruck. Es sei ein dramatisches Bild der Branche gezeichnet worden. Die Sachverständigen hätten vor einer Totbürokratisierung gewarnt. Aus Schwaben kommend bitte er Herrn Dr. Kagerer um nähere Ausführungen zum Schlachthof in Augsburg. Sei beabsichtigt, die Schweineschlachtung dort für immer zu schließen oder könne sie weiterbetrieben werden? Wie sei es möglich, dass die Schweineschlachtung von jetzt auf gleich habe geschlossen werden müssen? – Wenn ein Missstand gegeben sei, aber bis dahin eine Schlachtung stattgefunden habe, warum habe der Missstand dann nicht korrigiert werden können, anstatt den ganzen Schlachthof zu schließen?

Es gebe auch in Landshut und Ulm Schlachthöfe. Wenn der Schlachthof Augsburg die Schweineschlachtung nicht wieder aufnehme, was bedeute das für die Schweinehalter? – Sie müssten längere Wege in Kauf nehmen, hätten also Mehrkosten für den Transport. Hinzu kämen insgesamt höhere Kosten und Tierwohlvorgaben, sodass sie sich möglicherweise aus der Schweinehaltung zurückzögen. Möglicherweise werde um Landshut und Ulm die Schweinehaltung hochgefahren, während sie um Augsburg herum zurückgehe. Oder seien die Sachverständigen der Auffassung, der fehlende Schlachthof könne mit dem Transport ausgeglichen werden?

Zur Wirtschaftlichkeit: Stünden die Schlachthöfe und Schlachtbetriebe unter Druck von Firmen wie ALDI und LIDL, die die Produkte vermarkteten? Stünden die bayerischen Schlachthöfe in Konkurrenz zu ausländischen Schlachtbetrieben, nachdem Energie-, Personal- und andere Kosten sich erhöhten?

In seinen Gesprächen mit Metzgern habe er erfahren, was auch von den Sachverständigen dargelegt worden sei, dass nämlich Investitionen für die Zukunft erforderlich seien. Warum seien so hohe Investitionen erforderlich?

Ein Metzger habe ihm das Thema Videokameras mitgegeben. Welche Auffassung hätten die Sachverständigen dazu? Was habe man hinsichtlich der Afrikanischen Schweinepest und der Maul- und Klauenseuche zu erwarten? Welche Gefahren gebe es diesbezüglich nach Auffassung der Sachverständigen?

Abg. Ulrike Müller (FREIE WÄHLER) bedankt sich ebenfalls bei allen Experten für deren Ausführungen. Eines sei klar herausgearbeitet worden: das Bekenntnis zur Landwirtschaft. Ohne landwirtschaftliche Betriebe könnten die Schlachtstätten nicht wirtschaftlich betrieben werden. Leider verliere der Freistaat pro Woche zwei Milchviehbetriebe. Das bedeute, es gebe weniger Kälber, die Kuh-Zahlen gingen ebenfalls zurück.

Auch bei den Schlachthöfen sei ein beginnender Strukturwandel feststellbar, immer mehr Betriebe müssten aufhören. Es sei davon auszugehen, dass man auch bei den Molkereien mit diesem Prozess rechnen müsse. Hinzu komme das Verbraucherverhalten und der immer geringere Fleischverzehr. Erschwert werde die Situation auch durch die Debatten zur Landwirtschaft. Probleme für die Landwirte seien neben der überbordenden Bürokratie die Schwierigkeit, Hofnachfolger zu finden. Unbedingt gesteigert werden sollte die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Bevölkerung. Diese Probleme seien hinreichend bekannt und würden im Landwirtschaftsausschuss regelmäßig diskutiert.

Für die Schlachtbranche spielten auch die Discounter, der Lebensmitteleinzelhandel, die Gastronomie, die Vermarktung und der Export der Beiprodukte eine große Rolle. Hier müsse man gemeinsam an einem Strang ziehen.

Es seien die Kosten für die Fleischschau angesprochen worden. Hier schließe sich die Frage an, ob es überhaupt noch ausreichend Tierärzte für Großvieh gebe, denn die Tierärzte arbeiteten zunehmend lieber in Kleintierpraxen. Wenn die landwirtschaftlichen Betriebe weiter auseinanderlügen, werde es zunehmend schwieriger, einen Tierarzt zu bekommen.

Auch die Tierseuchen trieben die Landwirte massiv um. Man könne nur hoffen, dass sich die Maul- und Klauenseuche nicht auch im Freistaat ausbreite. Afrikanische Schweinepest – ASP –, Blauzungenkrankheit und andere Tierseuchen wie H5N1 bedrohten den Tierbestand. Es bleibe zu hoffen, dass man die Situation im Griff behalte und die Betriebe sich darauf einstellten.

Zum Thema Direktvermarkter und Schlachtung: In ihrer Region liege das Schlachthaus in Sonthofen. Es werde seit 1991 betrieben und sei sehr erfolgreich. Im Jahr würden dort 1.600 Tiere geschlachtet und direkt in der Region vermarktet. Die Verbraucher stünden zu

regionalen Produkten. Leider habe dieser Schlachthof ein Pachtverhältnis mit dem Bund gehabt und so habe das Schlachthaus aufgrund des Baus einer Bundesstraße abgerissen werden müsse. Nun werde seit 2020 nach einem alternativen Standort gesucht. Seit 2005 gelte das EU-Hygienerecht. Das betreffe die Schlachtungen von 4.000 Kilogramm am Tag. Eine kleine Schlachtstätte wie die in Sonthofen, die Schweine und Rinder schlachte, sei auf den Montag als Schlachttag fokussiert. Wenn der Betrieb über die 4.000 Kilogramm pro Tag komme, falle er nach der EU-Verordnung in die nächste Kategorie. Das mache es so schwierig, ein geeignetes Grundstück zu finden, zumal die Vorgaben des Emissionsrechts und der Bayerischen Bauordnung mit dem Anbindegebot hinzukämen. Genossenschaft und Bauern hätten viel Geld in diese Schlachtstätte investiert und beschäftigten 23 Mitarbeiter. Nun werde also ein neuer Standort gesucht, bislang ohne Erfolg, sodass die Akteure langsam den Mut verlören. Der Bedarf sei da, doch der Neubau schwierig. Hier sei die Politik gefordert.

Die Aussagen zu den Kosten für die Kontrollen hätten die Abgeordneten mit Interesse zur Kenntnis genommen. Sie, Abg. Müller, appelliere an die Akteure, weiter durchzuhalten, weiter zu optimieren und gemeinsam mit der Politik Verbraucheraufklärung zu betreiben. Es stehe zu hoffen, dass die Menschen weiterhin Fleisch verzehrten, denn eines sei klar: Ohne Tiere könne die bayerische Kulturlandschaft nicht in der Art erhalten werden, wie das doch eigentlich alle wünschten. Den Sachverständigen werde für ihre harte tagtägliche Arbeit gedankt.

Abg. Dr. Petra Loibl (CSU) dankt den anwesenden Experten im Besonderen und der Schlachtbranche und allen Beteiligten im Allgemeinen. Die Schlachtbranche sei ein wichtiges Bindeglied in der Kette der bayerischen Landwirtschaft. Frau Vorsitzende Högl habe es bereits dargelegt: Die CSU bekenne sich ganz klar zur Nutztierhaltung in Bayern und versuche, mit den von der EU und vonseiten des Bundes vorgegebenen Rahmenbedingungen klarzukommen. Es sei erfreulich zu hören, dass Fördermaßnahmen wie VuVregio, die Marktstrukturförderung oder auch die Systematik der Fleischhygienegebühren für die kleineren Betriebe Früchte trügen.

Die Tierseuchen ASP und Maul- und Klauenseuche seien bereits angesprochen worden. Im Umwelt- ebenso wie im Landwirtschaftsausschuss erörtere der Landtag immer wieder, wie sich die Schlachtbranche für den Fall aufstelle, dass in Bayern Restriktionsgebiete ausgewiesen würden. Ein Schlachthof könne schließlich nicht einfach beschließen, Tiere aus Restriktionsgebieten zu schlachten. Vielmehr sei eine EU-Vorgabe abzuarbeiten und die Schlachtbetriebe müssten sich einer gewissen Zertifizierung unterziehen. Nur dann dürften Schlachthöfe die Tiere aus den Restriktionsgebieten, den Sperrgebieten, schlachten. Gebe es diesbezügliche Bestrebungen? Es sei schließlich davon auszugehen, dass auch Bayern über kurz oder lang Probleme mit der ASP bekomme. Soweit ihr, Frau Abg. Dr. Loibl, bekannt, gebe es in Bayern einen Schlachthof, der sich auf den Weg gemacht habe, um im Fall der Fälle diese Tiere zu schlachten. Hierzu werde um nähere Ausführungen gebeten.

Vor wenigen Jahren seien aus dem ostbayerischen Raum Schlachtschweine im sechsstelligen Bereich nach Oberösterreich zur Schlachtung transportiert worden. Das sei heute wahrscheinlich noch immer der Fall. Diese Schweine fehlten in der bayerischen Schlachtung, zumal wenn man bedenke, wie wichtig die Auslastung für die Schlachtbetriebe sei. Soweit bekannt, würden die Schweine nach Österreich gebracht, weil aus Sicht des Vermarkters in Österreich ein besseres Klassifizierungssystem gegeben sei, bei dem angeblich der Magerfleischanteil der bayerischen Schweine besser honoriert werde. Sicherlich stehe die Marktwirtschaft über allem, aber was könnte getan werden, damit dieses wertvolle Produkt, das in Bayern gemästete Schwein, nicht in andere EU-Länder abwandere?

Zu den Tierärzten: Ihr sei bekannt, dass einzelne Schlachtbetriebe bei den Schlachttieruntersuchungen mit quasi übereifrigen Dokumentationssichtweisen hinsichtlich einer Veränderung der Tierkörper auffielen. Das seien aber Einzelfälle. – Tierärzte hätten einen großen Anspruch an ihre Tätigkeit. Ein Landwirt sei bei einem möglichen Tierschutzverstoß verantwortlich und auch ein Tierarzt mache sich strafbar, wenn gewisse Dinge nicht angesprochen würden. Deshalb könne nicht pauschal davon gesprochen werden, es liege an den Tierärzten, wenn bestimmte Schlachthöfe nicht mehr aufgesucht würden. Hier gelte es, zu differenzieren.

Zum Thema Verfügbarkeit von amtlichem Personal: Wäre es denn nicht ein Weg, die Schlachtzeiten zu entzerren? Wenn nicht alle Schlachtstätten am Montag, in den frühesten Morgenstunden beginnend, schlachteten? Sie, Frau Abg. Dr. Loibl, habe selbst drei Jahre in der amtlichen Überwachung gearbeitet und sei an einem großen niederbayerischen Schlachthof, den es heute nicht mehr gebe, tätig gewesen. Hier könnte durch eine Verteilung der Schlachtzeiten eine Entzerrung erreicht werden.

Wie stehe es um die Bereitschaft der Schlachtbetriebe, Tierärzte auszubilden? Jeder Student der Tiermedizin müsse das sogenannte Schlachthofpraktikum absolvieren. Das seien 100 Stunden in drei Wochen. Sei es für die Schlachtbetriebe selbstverständlich, Praktikanten, Studierende aufzunehmen, für deren Weg zu einem guten qualifizierten amtlichen Tierarzt? Das Praktikum mit 100 Stunden in drei Wochen sei eine Herausforderung. Zur Unterstützung konnten sich mehrere Schlachtbetriebe zusammenschließen, um ein oder zwei Praktikanten aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Landtierarztquote des Freistaats hinzuweisen. Bayern habe sich auf den Weg gemacht – als erste der fünf tierärztlichen Ausbildungsstätten in Deutschland – einen bestimmten Teil der Studienplätze denen zur Verfügung zu stellen, die den Numerus clausus nicht erreicht hätten, sich aber verpflichteten, in die Nutztierpraxis zu gehen. Das seien künftige amtliche Tierärzte, die die Schlachtstätten unterstützen.

Abg. Thomas Pirner (CSU) schließt sich dem Dank für die Ausführungen an. Er sei nicht nur Abgeordneter des Bayerischen Landtags, sondern auch Präsident der Handwerkskammer in Mittelfranken. Deshalb liege ihm insbesondere das Metzgerhandwerk am Herzen. Die CSU-Fraktion sei für Kritik immer offen, aber durchaus auch für Lob empfänglich. Herr Bubnick habe den Beschluss des Landtags zu den Fleischhygienegebühren gelobt, weil dieser sich für die einzelnen Unternehmer positiv auswirke. Für diesen Beschluss habe der Landtag sich gemeinsam mit dem Metzgerhandwerk auf den Weg gemacht. In dieser Art müsse auch künftig weitergearbeitet werden. Eine gegenseitige Schuldzuweisung bringe nicht weiter. Eine gute vernünftige Zusammenarbeit, die Anhö-

rung von Sorgen und Herausforderungen, das gemeinsame Suchen nach Lösungen, das sei der richtige Weg für Unternehmerschaft, Wirtschaft und Politik.

Zur Wahrnehmung des Metzgerhandwerks, der Schlachthöfe und der Landwirte in der Gesellschaft sei festzustellen: Die Gesellschaft lege zwar hohen Wert auf die Produktion von ordentlichen Lebensmitteln und wolle sie auch kaufen – das beginne beim Gemüse und höre bei der Fleischproduktion auf –, aber wie die Lebensmittel erzeugt würden, darüber mache sich die Gesellschaft kaum Gedanken. Auf die Frage, woher der Salat komme, könnten viele Jugendliche nur noch antworten, dass sie diesen bei Lidl oder ALDI einkauf-ten. Der landwirtschaftliche Produktionsprozess sei ihnen nicht bekannt.

Politik und Unternehmen müssten gemeinsam daran arbeiten, diese Wahrnehmung, die Prozesse, die hinter der Produktion von Lebensmitteln stünden, stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Metzgerhandwerk sei diesbezüglich bereits sehr aktiv. Es gehe gezielt auf junge Menschen zu und starte Werbekampagnen. Das Metzgerhandwerk dürfe nicht mehr wie früher blutverschmiert und mit Messer wahrgenommen werden. Das Metzgerhandwerk sei ein diffiziles Handwerk mit großer Verantwortung. Die Metzger arbeiteten nicht nur mit den Tieren, sondern sie produzierten hervorragende Wurst- und Fleischwaren. Es sei sehr wichtig, dass die Gesellschaft sich damit auseinandersetze, woher die Produkte kämen, wie die Verarbeitungsprozesse abliefen. Der Landwirtschaftsausschuss sei hier vielleicht nicht der richtige Ansprechpartner, aber wäre es denn nicht sinnvoll, diese Überlegungen in den Bildungsbereich einzubeziehen? In der Bildung sollte stärker forciert werden, dass man dem Landwirt, dem Handwerker, der Lebensmittelbranche, beispielsweise den Bäckern, mehr Respekte entgegenbringe. Beim Bäckerhandwerk werde immer noch davon ausgegangen, dass der Bäcker um 1:00 Uhr aufstehen und die Brötchen um 2:00 Uhr in den Ofen schieben müsse. Das sei in dieser Form heute oft gar nicht mehr der Fall. Herr Nies habe von einer gläsernen Metzgerei gesprochen. Das sei ein sehr guter Ansatz, um einen großen Teil der Gesellschaft mitzunehmen.

Abg. Ralf Stadler (AfD) schließt aus den aufgezeigten Problemen, wie wichtig das in dieser Sitzung durchgeführte Fachgespräch sei. Ihn, Abg. Stadler, interessiere, ob diese Probleme von der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung hausgemacht

seien oder ob sie aufgrund der zahlreichen EU-Vorgaben entstünden. Hätten die EU-Partner bei der Schlachtung dieselben Probleme? Seien bereits Gespräche mit den EU-Partnern geführt worden, wie diese die Probleme handhabten? Wie versuchten sie, die Situation zu verbessern, die Probleme zu lösen?

Vorsitzende Petra Högl (CSU) würde gerne wissen, wie wichtig das Qualitäts- und Herkunftssicherungssystem "Geprüfte Qualität Bayern" für die Vermarktung des Fleisches sei, und zwar vor allem im Hinblick auf den Lebensmitteleinzelhandel und den Endabnehmer.

Ein Metzger schließe mit dem Landwirt einen Vertrag ab, bekomme die Tiere, schlachte und vermarkte diese. Gebe es auch Konstrukte, bei denen Landwirtschaft, Schlachtstätten und der Lebensmitteleinzelhandel an einem Tisch säßen, einen Vertrag aushandelten, um den Landwirten Planungssicherheit zu geben? Ein neuer Stall sei nicht nach fünf Jahren abbezahlt, dafür müsse man in längeren Zeitspannen planen. Sicher könne die Fleischwirtschaft keinen fünf oder zehn Jahre geltenden Vertrag abschließen, aber einen Vertrag lediglich für ein Jahr, das sei zu kurz. Gebe es Überlegungen, wie man die Landwirtschaft mit ins Boot nehmen könnte?

Die Nutztierhaltung in Bayern sei wichtig, gleiches gelte für das Handwerk. Der Freistaat unterstütze beide durch Initiativen, beispielsweise durch den "Tag des Handwerks". Seien solche Maßnahmen ausreichend oder wünschten sich die Sachverständigen darüber hinausgehende Initiativen, beispielsweise mehr Engagement an den Schulen?

SV Lars Bubnick (Geschäftsführer Landesinnungsverband des bayerischen Fleischerhandwerks) beantwortet die Frage, ob es Studien zur Entwicklung des Fleischverzehrs gebe, mit einem Ja. Beispielsweise werde regelmäßig der jährliche Fleischkonsum erhoben, der derzeit 51 Kilogramm betrage. Er, Bubnick, rechne nicht damit, dass die Zahl der Fleischesser in absehbarer Zeit unter 50 % rutsche, vegane und vegetarische Ernährung die Überhand gewinne.

Zur Frage nach dem Erhalt der Schlachtstätten, und das gelte auch für den Schlachthof in Kulmbach: Alle Sachverständigen hätten klargemacht, dass alle bestehenden Schlacht-

stätten erhalten werden sollten, wenn diese erhaltungsfähig und erhaltungswürdig seien. Dafür müsse unter anderem die Auslastung gewährleistet sein. Die Überlegung, bessere Betäubungsmethoden zu entwickeln, sei wichtig.

Zu unterstützen sei die Überlegung, das Schlachterhandwerk an den Schulen vorzustellen. Solche Initiativen gebe es teilweise schon, so das Projekt "Ernährungshandwerk erleben". In diesem Rahmen könnten Betriebe Kitas und Schulklassen einladen. Bedauerlicherweise seien dafür aber viele Lehrerinnen und Lehrer bzw. Erzieherinnen und Erzieher nicht empfänglich. Das Thema Fleisch sei teilweise geächtet. Beispielsweise sei in einer Schulklasse im Landkreis Dachau eine Ernährungspyramide ausgegeben worden, bei der Fleisch gar keine Rolle gespielt habe.

Für die Metzger sei es schwer, sich am "Tag des Handwerks" an bayerischen Schulen zu beteiligen. Früher habe das Metzgerhandwerk beispielsweise einen Stand auf der Internationalen Handwerksmesse mit 1.500 m² für eine Produktionsstätte gehabt und dazu einen Biergarten. Um die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten, seien ein spezieller Fußboden, Spuckschutz und Plexiglasplatten notwendig gewesen. Deshalb habe die Installation der Produktionsstätte für die fünf Messtage 400.000 Euro gekostet. Jetzt sei man auf der Messe nicht mehr vertreten. Eine Produktionsstätte auf einer Ausbildungsmesse oder in einer Schulklasse zu präsentieren sei äußerst schwierig. Deshalb habe man andere Wege eingeschlagen und arbeite fortan mit Virtual Reality. Die Abgeordneten seien herzlich eingeladen, auf diese Weise einen Blick in eine Metzgerei zu werfen und sich anzusehen, wie Leberkäse produziert werde.

Die Auslastung der Schlachtstätten, Bürokratie und Lebensmittelsicherheit seien wichtige Aspekte. Dafür stehe man in stetigem Austausch mit dem Bürokratiebeauftragten der Staatsregierung, Walter Nussel. Der Verband biete mittlerweile auch eine eigene digitale Lösung an. Heute müsse keiner mehr eine HACCP-Dokumentation auf dem Papier erstellen. Dafür sei eine eigene App-Lösung vorhanden. Sie arbeite teilweise KI-basiert. Die Fleischwirtschaft fordere nicht nur Bürokratie abzubauen, sie versuche auch selbst neue Lösungen zu finden. Bürokratiemonster wie die EU-Entwaldungsverordnung, gewisse BG-Vorgaben und zahlreiche Statistiken, die Handwerksmeister ausfüllen müssten, basierten

überwiegend auf EU- oder Bundesgesetzen. Sie müssten unbedingt begrenzt und vereinfacht werden.

Zur Frage nach den Neubaukosten für einen Schlachtbetrieb: Alle Neubauten unterlägen einer EU-Zulassung, es müssten folglich gewisse Vorgaben eingehalten werden. Um diese Vorgaben einzuhalten, befinde sich man sich schnell im mittleren sechs- bis siebenstelligen Bereich. Das unterscheide das Fleischerhandwerk massiv von anderen Gewerken. Allein die Planungskosten, die reinen Planungskosten für die Erweiterung des Schlachthofs Fürth lägen bei 550.000 Euro.

Zum Schlachthof Augsburg: Die Vorfälle, die den Medien zu entnehmen seien, wolle er, Bubnick, nicht werten. Es handle sich um einen von Metzgern für Metzger gebauten Schlachthof. Doch dieser Schlachthof schlachte jetzt für die Metzger im Stadt- und Landkreis Augsburg keine Schweine mehr. Es sei versucht worden, die Beteiligten in ein Boot zu bekommen. Wirtschaftsminister Aiwanger sei dafür vor Ort gewesen und auch im Nachgang zu dem Besuch des Staatsministers seien Gespräche geführt worden. Die Überwachung, die Schlachthofvertreter und die Metzger seien dafür an einen Tisch geholt worden. Je länger aber die Schweineschlachtung eingestellt sei, umso geringer sei die Wahrscheinlichkeit, dass mit der Schweineschlachtung wieder angefangen werde. Deshalb wäre es wünschenswert, dass jetzt vonseiten des Schlachthofs Bewegung in die Sache komme. Die Metzger wollten dort wieder schlachten, sie seien sehr daran interessiert. Ein Problem sei die Verarbeitung von Warmfleisch. Man könne die Tiere nicht nach Ingolstadt fahren und dann wieder zurück, denn dann kämen noch die Transportkosten und die Zeit für weitere drei Stunden hinzu. Das wäre ineffizient.

Zum Thema Videoüberwachung: Jeder möge sich die Frage stellen, ob er sich durchgehend bei seiner Arbeit filmen lassen wolle. Tierschutz stehe ganz oben. Ein Handwerksmetzger habe kein Interesse daran, ein Tier zu quälen. Das habe nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die Fleischqualität. Es gebe Verstöße, das könne nicht geleugnet werden. Es gebe aber auch Äußerungen von Tierärzten, die erklärten, auch auf einer Videoaufnahme könne nicht gesehen werden, ob sich ein Betäubungserfolg eingestellt habe oder nicht. Inzwischen sei es gesetzlich geregelt, dass ab einer bestimmten Größe ein Tierschutzbeauftragter gebraucht werde und die Videoüberwachung einzuführen sei. Der

Verband der Fleischerwirtschaft vertrete für seine Betriebe die Auffassung, wer die Videoaufzeichnung freiwillig einführen wolle – solche Betriebe gebe es – möge das gerne tun, nachdem er es mit seinen Mitarbeitern geklärt habe. Im Sinne der Transparenz sei nichts dagegen einzuwenden, schließlich habe man nichts zu verstecken. Jeder sei eingeladen, die Schlachtstätten zu besuchen.

Zur Afrikanischen Schweinepest: Es sei nicht die Frage, ob die ASP komme, sondern wann. Seit Sommer 2024 arbeite sein Verband intensiv mit dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zusammen, damit die Betriebe die Tiere aus den Restriktionszonen verbringen und schlachten dürften. Für ganz kleine Betriebe, die nicht EU-zugelassen seien, gebe es seitens des Staatsministeriums Signale, dass man eine bürokratiearme Lösung gefunden habe. Das begrüße die Branche sehr. Alle Betriebe mit EU-Zulassung – das sei die überwiegende Zahl – hätten einen, aus seiner Sicht, sehr komplizierter Antrag abzuarbeiten. Er, Bubnick, habe die Sorge, wenn die ersten Fälle auftauchten, und die 1.600 Schlachtstätten die Benennung einreichten, wären sämtliche Ämter und Behörden überfordert. Damit in diesem Fall kein Chaos ausbreche, versuche sein Verband, die Betriebe bereits jetzt Stück für Stück dazu zu bringen, die Benennung zu beantragen, und zwar rein vorsorglich.

SV Dr. Christian Kagerer (Geschäftsführer Fleischprüfing in Bayern e. V.) nimmt zunächst zu den Fragen hinsichtlich des Schlachthofs Augsburg Stellung: Der Schlachthof sei ein Kombischlachtbetrieb für Rind und Schwein. Die Schweineschlachtung sei seit Dezember ausgesetzt. Nachdem es geheißsen habe, es solle nicht mehr weitergeschlachtet werden, sei die Gerätschaft ausgebaut worden. Zum Missstand könne er nicht sehr viel sagen, aber ein Problem sei die Betäubungstechnik gewesen. Dafür müssten für die Zukunft sinnvolle Techniken entwickelt werden, dann könnten auch solche Betriebe weiterhin produzieren. Die Tiere, die zum Schlachthof Augsburg gefahren worden seien, seien aus dem Umkreis gewesen. Man habe stellvertretend einen selbstschlachtenden Metzger gefunden. Es habe sich dann aber relativ schnell herausgestellt, dass der Betrieb nicht die Kapazitäten gehabt habe, um die 300 bis 500 Schlachtungen durchzuführen, die bislang der Betrieb in Augsburg durchgeführt habe. Die Zulassung habe dafür nicht ausgereicht. Deshalb sei der Metzger nicht infrage gekommen. Die Schlachtmenge sei folglich abge-

wandert und es sei nicht davon auszugehen, dass sie schnell wieder nach Augsburg zurückgeleitet werden könnte. Die Landwirte seien nach Fürstfeldbruck, Ulm und Ingolstadt ausgewichen und die dortigen Schlachthöfe hätten die Augsburger Schlachtungen schnell auffangen können. Die Transportzeiten dorthin seien etwas höher.

Zum Herkunftssiegel "Geprüfte Qualität Bayern" – GQ –: Als Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Qualitätssicherung, die ebenfalls Lizenznehmer für dieses Programm sei, könne er berichten, dass GQ eine absolute Erfolgsgeschichte sei. Es handle sich um ein Mehrwertsystem für die gesamte Lieferkette. Der Landwirt erhalte Zuschläge. Hinsichtlich der Wertschöpfung könnten sicher die Sachverständigen, die für die Schlachtstätten anwesend seien, noch etwas sagen. Was in GQ investiert werde, zahle sich im Hinblick auf die gesamte Lieferkette mehrfach aus. GQ sei auch eine Eintrittskarte für die Vermarktung von Regionalität in Bayern, nicht zuletzt auch für den Einzelhandel. Das Siegel sei nicht für jeden Landwirt geeignet, aber die Nachfrage an Regionalität sei nach wie vor ungebrochen. Aufgrund neuester Studien sei bekannt, dass rund 80 % der bayerischen Verbraucher das Zeichen kannten. Das Siegel sollte unbedingt weitergeführt und gestärkt werden. In Qualitäts- und Herkunftszeichen sollte unbedingt weiter investiert werden. Beispielsweise erhielten die Landwirte derzeit 50 % der Zertifizierungskosten vergütet. Das sollte fortgeführt werden.

Was die bürokratischen Anforderungen im Hinblick auf die Chargenbildung anbelange, so sei das kein System für alle und für jeden, aber die Betriebe, die sich damit auseinandersetzen, hätten es sehr gut im Griff. Das werde seitens des Fleischprüfrings im Rahmen verschiedener Projekte auch unterstützt. Beispielsweise würden beim Anliefermanagement frühzeitig Daten und Informationen zur Verfügung gestellt, um die Betriebe zu unterstützen. Für diese Unterstützung und das zugrundeliegende Projekt werde an dieser Stelle gedankt.

Der Fleischprüfing Bayern werde ein weiteres Projekt starten, um diesen Bereich weiterhin zu unterstützen, und zwar mit einem Tierwohlmonitoring und mit Tierwohlmanagement, sodass die ganze Kette von der Landwirtschaft über die Lieferanten, Viehhändler und Erzeugergemeinschaften bis zu den Schlachtstätten berücksichtigt werde.

Zum Klassifizierungssystem in Österreich: Die Systematik sei mit der in Bayern nicht vergleichbar, denn es handle sich um zwei verschiedene Systeme, die in den Gerätschaften hinterlegt seien. In Deutschland bestehe ein nivelliertes System für die deutschen Klassifizierungen. In Österreich seien hingegen andere Klassifizierungsformeln hinterlegt, sodass sich die Muskelfleischprozentage, die in Bayern oder Österreich festgestellt würden, unterscheiden. Entscheidend sei die Vergütung. In Österreich gebe es die gleichen marktwirtschaftlichen Anforderungen. Deshalb sei die Wertstellung der Schweine unterm Strich vergleichbar. In Österreich sei man bei manchen Anforderungen vielleicht etwas unkomplizierter, das betreffe die Qualitätsprogramme oder das Salmonellenmonitoring.

Zur Wertschätzung des Handwerks: Das sei ein entscheidender Punkt. Seine drei Kinder besuchten die Schule, und er ärgere sich jedes Mal über die verkürzte Darstellung der Landwirtschaft in den Schulbüchern. Fast immer sei von Massentierhaltung die Rede. Dazu befragt, könnten die Kinder nicht sagen, was darunter zu verstehen sei. Die Tierhaltung sollte sinnvoll, neutral und fachlich korrekt dargestellt werden. Hier könne bei den Lehrplänen nachgesteuert werden.

SV Wolfgang Härtl (Vorstandsmitglied Verband der Fleischwirtschaft e. V.) antwortet zunächst auf die Frage, was er mit den Veterinärproblemen bei der Fleischbeschau gemeint habe. Im vergangenen Jahr hätten an mehreren, nicht aufeinanderfolgenden Tagen, Schlachtungen in seinem Betrieb ausfallen müssen, weil Veterinäre erkrankt gewesen seien. Das Veterinäramt habe mitgeteilt, es stünden keine Ausweichveterinäre zur Verfügung. Daraufhin habe sein Betrieb versucht, das Problem mit Hilfe anderer Schlachtstätten zu lösen. Diese Schlachtstätten lägen in anderen Regierungsbezirken. Die dortigen Veterinäre wären zwar bereit gewesen, auszuhelfen, das sei aber aus versicherungstechnischen oder vertraglichen Gründen von behördlicher Seite nicht akzeptiert worden. Daraufhin habe man versucht, in der Umgebung Aushilfsveterinäre zu finden. Diese wiederum seien in anderen Landkreisen gewesen, und auch das sei nicht möglich gewesen. Selbst ein Veterinär, der früher in seinem Betrieb gearbeitet habe, diesen Betrieb kenne, habe nicht aushelfen können, weil er nun in einem anderen Landkreis tätig sei. Man sei bis zur Regierung von Mittelfranken gegangen, und die habe dann schließlich eine Lösung organisiert.

Als Lösung böte sich an, einen bayernweiten Pool mit Veterinären zu schaffen, die geeignet seien, im Notfall die Stellvertretung zu übernehmen. Es müsse ermöglicht werden, die hoheitliche Aufgabe der Fleischschau sicherzustellen. Darauf habe die Fleischwirtschaft ein Anrecht. Es sei nicht hinnehmbar, dass 250 Beschäftigte nicht arbeiten könnten, weil ein Veterinär erkrankt sei, zumal wenn im Nachbarlandkreis ein geeigneter Veterinär zur Verfügung stünde. Die Probleme seien dem Staatsministerium zwischenzeitlich bekannt und es bleibe zu hoffen, dass es künftig solche Probleme nicht mehr gebe, denn solche bürokratischen Vorgaben seien absolut unverständlich.

Eine weitere Frage habe sich darauf bezogen, was unter Stabilisierung der Erzeugung zu verstehen sei. Es gehe um Planungssicherheit. Es könne nicht sein, dass ein Bauer einen Stall baue, dafür im siebenstelligen Bereich investiere und nach zwei Jahren bekomme er die Auflage, den Stall wieder umzubauen. Im Rahmen der Einführung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes seien einige Bedingungen geändert worden mit dem Ergebnis, dass zum Jahresbeginn 30 % der Schweinehalter aus der Initiative Tierwohl – ITW – ausgestiegen seien. Sie fehlten auf dem Markt, denn sie mästeten ihre Schweine jetzt wieder konventionell. Sie wollten nicht erneut hohe Summen investieren, nicht wissend, welche Regelungen zu erwarten seien. Die Landwirte benötigten Planungssicherheit um Investitionen vornehmen, die sie in den kommenden Jahren abschreiben könnten.

Qualitätsprogramme und Chargentrennung seien für mittelständische, aber auch für große Schlachtbetriebe ein erheblicher Aufwand. Es gebe eine Vielzahl von Programmen: konventionelle Programme, QS, GQB. Hinzu kämen die Tierhaltungsverordnungskennzeichnungen und die ITW-Stufen 1 bis 4. Nehme man beispielsweise drei Herkunftsarten und drei Qualitätsprogramme sowie drei Tierhaltungsstufen, bedeute das beispielsweise für Speck: Im Kühlraum müssten 29 verschiedene Arten von Speck gelagert werden. Eine Tonne Speck im Bestand werde auf vier Paletten verteilt, und sie sei auch getrennt auszuliefern.

Bislang habe die Möglichkeit bestanden, ein Downgrade vorzunehmen. Der Schinken eines GQB-Schweins habe zu einem normalen Schinken downgegraded und mit einer normalen Charge verkauft werden können. Das habe doppelte Lagerkosten erspart und sei eine Möglichkeit der einfachen Handhabung gewesen. Zum 1. August 2025 trete nun

das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz des Bundes in Kraft, obgleich die Privatwirtschaft mit der ITW-Initiative in Vorleistung gegangen sei, dieses System funktioniere und die Fleischwirtschaft voll dahinterstehe. Durch das neue Gesetz gebe es künftig keine Möglichkeit, ein Downgrade vorzunehmen. Wenn der Metzger Biofleisch habe, der Verbraucher aber kein Biofleisch wolle, sondern konventionelles Fleisch, dann dürfe der Metzger das Biofleisch nicht downgraden und als normales Fleisch verkaufen. Er müsse es kennzeichnen. Die Chargen dürften sowohl im Kühlraum als auch beim Transport nicht gemischt werden, denn der Kunde müsse sie getrennt erhalten. Es bleibe zu hoffen, dass bis zum Inkrafttreten des Gesetzes solche Vorgaben geradegerückt würden. Bislang hätten leider alle Bemühungen des Verbands der Fleischwirtschaft nichts bewirkt.

Zur Afrikanischen Schweinepest und zur Maul- und Klauenseuche: Die ASP sei der erste Schlag gewesen, den die Fleischwirtschaft als Schweineschlächter und Schweinezerleger habe aushalten müssen. Eine Schweinehälfte werde in fünf Teile zerlegt: Schinken, Schulter, Bauch, Kotelett und Hals. Für jedes Teilstück gebe es einen guten Markt, nur der Schinken sei in Deutschland nicht in dem Umfang absetzbar. Folglich gehe der Schinken in den Export nach Italien zum Schinkenmachen. Innerhalb von Europa sei das kein Problem, auch nicht bei der Maul- und Klauenseuche. Andere Produkte hingegen, wie Schweineohren, Pfoten, Rippchen oder Innereien, also Nebenprodukte, würden in Deutschland nicht gegessen und würden in Drittländer exportiert. Diese Exporte hätten den Schweinepreis bislang deutlich gestützt. Seit der Maul- und Klauenseuche sei der Export in Drittländer ein Problem, weshalb die Unterstützung der Politik gebraucht werde. In den vergangenen Jahren sei die Fleischbranche stiefmütterlich behandelt worden. Wenn der Bundeskanzler nach China fahre, um die Autoindustrie zu unterstützen, dann sollte er auch den Schweinefleischexport zum Thema machen. Die dortigen Regierungsvertreter warteten darauf, sie wollten etwas von ganz oben hören. Deshalb sollte hier mehr Unterstützung erfolgen.

Die Maul- und Klauenseuche sei hochinfektiös und sehr gefährlich. Es werde an die Bilder aus Großbritannien erinnert, die zeigten, wie die toten Tiere auf den Farmen in Container geworfen worden seien. Damals seien circa drei Millionen Tiere getötet worden. Virusfragmente seien mit dem Wind über den Kanal gekommen und an der französischen Küste

gefunden worden. Im Moment gehe man davon aus, dass der Ausbruch vom Menschen durch Futter verursacht worden sei. Der Ausbruchsort liege nahe der Berliner Stadtgrenze. Zum Glück sei das Wetter schlecht gewesen und so habe es keinen Virusflug oder Staubeintrag gegeben. Alle Länder außerhalb der EU hätten den Import von deutschem Schweinefleisch gesperrt. Insbesondere der Wegfall des englischen Marktes – England sei nach dem Brexit ein Drittland – schlage sehr zu Buche, denn 50 % der Exporte in Drittländer gingen nach Großbritannien. Große Schlachtbetriebe wie Tönnies, aber auch sein Betrieb, hätten darunter sehr zu leiden. Die großen Betriebe bezifferten die Verluste pro Schwein auf etwa 14 Euro. Es bleibe zu hoffen, dass es sich um einen regionalen Ausbruch mit keinen weiteren Verläufen handele. Trotzdem werde es noch Monate dauern, bis der Export sich wieder normalisiere. Die Lage sei somit kritisch und belaste die Bauern und damit die landwirtschaftliche Erzeugung, was sehr viel Geld koste.

Zum Fachkräftemangel: Früher seien in Erlangen drei Metzgerklassen in der Berufsschule ausgebildet worden, nun sei es nur noch eine halbe, und zwar zusammengenommen für Erlangen, Nürnberg und Fürth. Selbst im Ausland sei die Zahl der Ausbildungen rückläufig, das zeigten die Zahlen für Polen, Tschechien und Rumänien. Die Zeiten, in denen man günstige Fachkräfte aus Osteuropa habe anwerben können, sei vorbei, der Fachkräftemangel deutlich feststellbar. Das habe nichts mit dem Anstellungsgesetz zu tun, vielmehr seien die Fachkräfte einfach sehr begehrt. Die Leute gingen in Rente, während von unten nichts nachkomme, obgleich die Kräfte sehr, sehr gut verdienten, und das sei auch gerechtfertigt.

Zur Heliumbetäubung: Er, Härtl, habe sich dieses System angeschaut; es sei sehr gut. Die Branche suche intensiv nach einer guten Betäubungsmethode und prüfe nicht nur Helium. Es gebe dafür das Projekt "TIGER". In diesem Rahmen würden verschiedene Gase getestet. Bei Helium bestehe das Problem, dass es zwar gut funktioniere, aber die technische Verfügbarkeit in Europa nicht ausreiche. So viel Helium, wie gebraucht würde, könne man nicht beziehen. Deshalb suche die Branche intensiv nach Lösungen.

Kulmbach sei ein Forschungsschlachthof gewesen. Aber auch für diesen Schlachthof müsse es einen Betreiber geben, denn einer müsse die Rechnung bezahlen, ein Schlachthof müsse sich rechnen.

Die Videoüberwachung bei Schlachtbetrieben sei ein Teil des neuen Tierschutzgesetzes. Die größeren Betriebe seines Verbandes begrüßten die Videoüberwachung sehr, die meisten verfügten bereits darüber. Die Videos würden gesichtet, der Schlachtungsprozess überwacht. Die Überwachung werde bei manchen Betrieben sogar von externen Büros vorgenommen. Leider bestehe aber oft ein Problem, was sich auch bei ihm, Härtl, in Erlangen gezeigt habe: Man verfüge seit zwei Jahren über eine komplette Videoanlage, dürfe sie aber nicht nutzen. Der Grund dafür liege im Widerstand der Veterinäre. Sie verwiesen auf den Datenschutz, denn sie befürchteten, sie könnten in ihrer Persönlichkeit verletzt werden. Das Angebot, Bilder zu schwärzen oder Bereiche anzubieten, wo sie nicht gefilmt würden, sei abgelehnt worden. Schließlich habe man zu folgender Lösung gefunden: Außerhalb der Geschäftszeiten würden die Kameras aufgehängt. In der Zeit seien die Veterinäre und Fleischbeschauer nicht vor Ort. Die Ställe würden nachts gefilmt, um den Schlachthof vor Überfällen zu schützen. Es sei versucht worden, auch dieses Projekt zu verbieten, es werde aber gemacht. Die Mitarbeiter hätten im Übrigen alle schriftlich zugestimmt und begrüßten die Videoüberwachung. Die Mitarbeiter leisteten gute Arbeit und wollten das auch zeigen.

Zum Vorschlag, den Schlachthof mit einer Markthalle zu kombinieren, sei anzumerken, dass das zwar ein interessanter Ansatz wäre, der aber aufgrund der Hygienevorschriften auf dem Gelände nicht machbar sei. Es wäre mit zu viel Personen- und Pkw-Verkehr zu rechnen. Die Markthalle müsste ausgelagert werden. Das wäre dann nichts anderes als ein normaler Werksverkauf, und der werde bereits von den meisten Betrieben gemacht.

SV Paul Daum (Vion Food North B.V.) wertet das Programm "Qualität aus Bayern" ebenfalls als Erfolgsprogramm. Die Kunden und der Lebensmitteleinzelhandel forderten solche Programme. Auf Versammlungen mit Erzeugern werbe er, Daum, sehr dafür, in dieses Programm einzusteigen.

Es sei nach Verträgen zwischen Landwirtschaft, Schlachtung und Lebensmitteleinzelhandel gefragt worden. Solche Verträge gebe es, insbesondere seit es verschiedene Haltungsformen gebe. Es bestünden sogenannte Dreiecksverträge, die auch forciert würden. Damit könne zum einen Rohstoffsicherung betrieben werden, gleichzeitig könne man die Kunden mit den notwendigen Mengen bedienen. Der Lebensmitteleinzelhandel bestelle eine bestimmte Menge, und die müsse erfüllt werden. Das habe sich sehr gut entwickelt.

Herr Abg. Stadler (AfD) habe hinterfragt, ob es sich um hausgemachte Probleme handele. Beispielsweise gebe es Probleme, wenn Kriterien für Programme wie die Initiative Tierwohl – ITW – geändert würden. Wirklich große Probleme bereite das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz des Bundes. In Deutschland gebe es mit den Haltungsformen bereits eine privatwirtschaftliche Lösung. Durch das neue Gesetz stünden die Landwirte vor dem Problem, dass sie ihre Ställe nach den bislang geltenden Kriterien gebaut hätten, das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz aber mehr Platz für die Tiere vorsehe, sodass nachgebessert werden müsse. – So könne das nicht funktionieren. Die freiwilligen Haltungsformen seien eingeführt, würden von fast allen genutzt. Sie würden farblich gut erkennbar dargestellt, besser als bei dem Entwurf für das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz. Es bleibe zu hoffen, dass man mit der neuen Bundesregierung zu einer Lösung finde.

Frau Abg. Dr. Loibl (CSU) habe auf die Praktika von Tierärzten im Rahmen ihrer Ausbildung hingewiesen. Vion habe in seinen Betrieben bislang immer Praktikanten gehabt und werde das wohl auch in Zukunft so halten.

Herr Abg. Freiherr von Waldenfels (CSU) habe die Fleischnachfrage thematisiert. Er, Daum, sei speziell für Rind zuständig. Im Durchschnitt würden in Deutschland inzwischen 51 Kilogramm Fleisch pro Jahr verzehrt. Erfreulicherweise habe sich der Fleischkonsum in den letzten zwei bis drei Jahren bei Rindfleisch bei 9,18 Kilogramm stabilisiert. Verschiedene Studien belegten, auch die Jugend komme vermehrt zum Fleischverzehr zurück. Das müsse allerdings auch gefördert werden.

In seiner Verwandtschaft gebe es mehrere Lehrer. Aus diesem privaten Umfeld könne bestätigt werden, dass in den Schulen eigentlich nur über Massentierhaltung gesprochen

werde. Teilweise werde es den Lehrern sogar untersagt, mit den Schülern über alternative Produktionsmethoden zu sprechen. Das sei unverständlich und darauf weise er in Gesprächen mit Politikern seit 20 Jahren hin. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben. Die Ernährung sei schließlich einer der wichtigsten Aspekte überhaupt. An dieser Stelle sei auch auf ein anderes Problem hinzuweisen: Die Verbraucherinnen und Verbraucher seien zwar bereit, 20 Euro für einen Liter Motoröl auszugeben, aber wenn das Olivenöl 3,50 Euro koste, sei das für sie ein Problem.

Zur Rolle des Lebensmitteleinzelhandels und der Frage nach einer dezentralen Schlachthofstruktur: Es gebe Händler, die am liebsten Tiere aus ihrem Vermarktungsgebiet vermarkten wollten, also von dort, wo sich ihre Filialen befänden. In der Theorie sei das wunderbar, anfangs funktioniere so etwas auch. Dann komme aber die Chargenbildung, und genau das sei das Problem. Darüber stolperten nicht nur die Einzelhändler, sondern auch die Schlachtbetriebe, sogar die großen Schlachtbetriebe. Für jede Herkunft müsse eine eigene Charge gebildet werden. Komme ein Qualitätsprogramm dazu, bedeute das für den Schlachthof, dass für jede Charge die Zerlegebänder abgeräumt und sauber gemacht werden müssten. Folglich müssten mehr Rüstzeiten kalkuliert werden. In manchen Betrieben gebe es inzwischen mehr Rüstzeiten als Arbeitszeiten. Gleichzeitig verlange der Lebensmitteleinzelhandel die Produktion und die Lieferung großer Chargen.

Herr Abg. Knoblach (GRÜNE) habe Aschaffenburg angesprochen. Ihm, Daum, gehe es darum, Aus- und Weiterbildung sowie Sensibilisierung in den Schlachtbetrieben voranzubringen. Es gelte, die Betriebe zu unterstützen. Auch die Überwachung müsse funktionieren. Es gebe unterschiedliche Gründe, warum Betriebe geschlossen worden seien. Er, Daum, sei deshalb auch ein Verfechter der Videoüberwachung. Vion habe mittlerweile Videoüberwachung in allen Betrieben. Die Aufnahmen seien auch ein Schutz für den Schlachtbetrieb selbst. Wenn der Betrieb stillstehe oder erst anfangs, würden zusätzliche Kameras angebracht. Im Übrigen würden nicht nur die Kameras von Vion installiert, sondern auch weitere Kameras. Die Aufnahmen seien ein Beleg dafür, dass ordentlich gearbeitet werde. In den Medien würden immer nur Vorkommnisse gezeigt, bedauerlicherweise werde aber nichts darüber ausgesagt, dass 98 % der Betriebe gut ar-

beiteten. Die Videoüberwachung ermögliche, zu recherchieren, wann und wo Fehler gemacht worden seien, sodass daraus gelernt werden könne.

SV Philipp Reiners (Geschäftsführer Vieh- und Fleischhandelsverband e. V.) hat sich die Frage notiert, warum jährlich Schweine im zweistelligen Bereich aus Südostbayern nach Österreich transportiert würden. Frau Abg. Dr. Loibel (CSU) habe vermutet, das liege an der anderen Klassifizierung in Österreich. Dazu habe bereits Herr Dr. Kagerer Stellung genommen. Folgendes sei noch zu ergänzen: Die Transportwege von Südostbayern – beispielsweise aus der Region Passau – nach Österreich seien relativ kurz. Manchmal sei der Weg zum Schlachthof in Österreich kürzer als zum Betrieb in Bayern. Außerdem gebe es finanzielle Gründe: Die Österreicher zahlten besser als die Bayern.

Es sei die Frage gestellt worden, was der Vieh- und Fleischhandelsverband unter Schlachthofsterben verstehe. – Unter Schlachthofsterben werde, im Unterschied zu einer Schlachthofschließung, dann gesprochen, wenn ein Schlachthof mit der Struktur nicht mehr zurechtkomme, also mit den Preisen, die er für das erschlachtete Fleisch am Markt erziele oder mit den Auflagen, die er erfüllen müsse. Eine Schlachthofschließung werde meist von außen angeordnet, weil es Probleme behördlicher Natur gebe.

Sve Isabella Timm-Guri (Direktorin Fachbereich "Erzeugung und Vermarktung", Generalsekretariat Bayerischer Bauernverband) vertritt die Auffassung, sie habe noch nie ein so lückenhaftes, unausgegorenes Konstrukt wie das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz gesehen. Die Kennzeichnung an sich sei nicht falsch, aber so, wie sie gemacht sei, sei sie schlecht und würde massiven Schaden anrichten. Der Verbraucher werde sich in dem entstehenden Chaos nicht mehr auskennen. Das könne für alle nicht von Nutzen sein, weshalb auch sie hoffe, dass die neue Bundesregierung das Gesetz stoppe und für Verbesserungen Sorge.

Das Gesetz beziehe sich nur auf frisches Schweinefleisch, Importe würden nicht berücksichtigt. Es sollte doch darauf aufgebaut werden, was für die Haltungsform bereits vorhanden sei. Es sei mühevoll genug, solche Systeme beim Verbraucher bekannt zu machen. Im Übrigen komme dieses Gesetz einer Ohrfeige an alle gleich, die an dem

bisherigen System mitgearbeitet hätten, die Wirtschaft und die Landwirte. Schließlich habe es heftige Diskussionen mit dem Einzelhandel gegeben, um zu dieser Regelung finden. Nachdem sich die Wirtschaft so viele Gedanken gemacht habe, sei es nicht akzeptabel, dass auf dem bestehenden System nicht aufgebaut werde.

Auch der Bayerische Bauernverband erachte das Siegel "Geprüfte Qualität Bayern", als äußerst erfolgreiches, zentrales Programm für die Zukunft. Das Siegel sei im Einzelhandel präsent, an ihm könne sich der Verbraucher orientieren, und das nicht nur bei tierischen Lebensmitteln. Wer wissen wolle, worauf er beim Einkauf achten solle, dem könne nur empfohlen werden, auf "Geprüfte Qualität Bayern" und das "Bayerische Bio-Siegel" zu achten.

Wichtig sei auch, die Haltungsform 2 in Bayern anbieten zu können, da der Lebensmittel-einzelhandel nach "Geprüfte Qualität Bayern" in Kombination mit Haltungsform 2 suche.

Ganz wichtig wäre nach es, "Geprüfte Qualität Bayern" in das große Marktsegment des Außer-Haus-Verzehrs hineinzutragen. Das würde weitere Möglichkeiten eröffnen. Auch beim Außer-Haus-Verzehr sollte Herkunft eine Rolle spielen.

Es sei gefragt worden, ob der Bayerische Bauernverband Wünsche an den Lebensmittel-einzelhandel habe. Der LEH sollte weiterhin Systeme von Regionalität und Herkunft nach vorn setzen und mehr Verlässlichkeit bei den Mehrwertprogrammen anbieten. Die Landwirtschaft sperre sich hier nicht. Der Bayerische Bauernverband habe sich immer an den Verhandlungsrunden zu Haltungsformen und zum ITW beteiligt, aber ständige Änderungen, jedes Jahr etwas draufzusetzen, das frustriere die Landwirte. Irgendwann kämen sie an den Punkt, an dem sie nicht mehr mitmachen wollten, weil sie die Preise nicht mehr kalkulieren könnten. Wenn man in einem Jahr 25 % im Offenfrontstall habe und im nächsten Jahr 30 %, das gehe einfach nicht. Die Rahmenbedingungen müssten längere Zeiträume umfassen. Kontrollrhythmus und Zertifizierungen sollten mit Maß und Ziel erfolgen, anderenfalls sei das für die Betriebe nicht mehr machbar.

Zum Thema Afrikanische Schweinepest und Maul- und Klauenseuche: Derzeit versuche der Bayerische Bauernverband den Betrieben deutlich zu machen, wie wichtig die Biosicherheit sei. Das gelte jetzt, in Zukunft sogar noch viel mehr. Die Betriebe sollten sich

kümmern und gegebenenfalls aufrüsten. Auch für die Impfung gegen die Blauzungenerkrankung werde vom BBV massiv geworben, denn jetzt, in der kalten Jahreszeit, könne die Impfung vorgenommen werden. Gleichzeitig werde nach Möglichkeiten gesucht, was zu tun wäre, wenn die Tierseuchen aufträten. Leider sei es bei der ASP keine Frage, ob sie komme, sondern wann. Deshalb müsse geklärt werden, wie im Fall der Fälle mit den Restriktionszonen und den anderen Vorgaben umgegangen werde. In den Regionen, in denen die ASP derzeit festgestellt werde, beispielsweise in Hessen, gebe es massive Probleme; die Betriebe stünden im Regen. Es müsse vorgebeugt werden, damit die Vermarkter sich nicht wegdrehten, während die Landwirte nicht wüssten, wohin mit ihren Tieren.

An dieser Stelle noch eine Anmerkung: Die Verbraucher hätten überhaupt keine Vorstellung davon, was mit einem touristischen Souvenir alles ins Land eingeschleppt werden könne. Zwar gebe es eigentlich Regeln, was eingeführte Lebensmittel betreffe, doch die Touristen, die Verbraucher, achteten nicht darauf, weil sie gar keine Vorstellung von der Gefahr hätten. Möglicherweise wäre es sinnvoll hier eine entsprechende Kampagne zu starten. Die Gefahr, dass Schädlinge und Seuchen eingeschleppt würden, nehme zu, deshalb müsse hier ein besseres Bewusstsein geschaffen werden.

Zu den Schulen ließe sich vieles sagen. Eine vom Landwirtschaftsministerium geförderte Projektstelle habe die Aufgabe, die beschlossenen Projektwochen an den Schulen zum Thema Landwirtschaft und Lebensmittel umzusetzen, und zwar auch mit Betriebsbesuchen. Das sei enorm wichtig. Es werde gehofft, dass man damit die nächste Generation informieren könne.

94 % der Verbraucherinnen und Verbraucher habe erklärt, dass sie tierische Lebensmittel verzehrten. Deshalb werde davon ausgegangen, dass das Bashing von tierischen Lebensmitteln beendet sei. Die Ersatzprodukte würden mittlerweile deutlich kritischer gesehen und die Nachfrage nach diesen Produkten gehe nicht weiter nach oben. Alle seien gefordert, offensiv und selbstbewusst tierische Lebensmittel zu bewerben. Vor diesem Hintergrund sei sie, Frau Timm-Guri, für die Zukunft zuversichtlich.

SV Stefan Nies (Hofmetzgerei Nies) greift die Frage zur Hof- und Weideschlachtung auf. Ein Kollege von ihm habe bis zum vorigen Jahr eine mobile Schlachteinheit, eine sogenannte MSE, betrieben. Leider sei der Kollege aus privaten Gründen in Insolvenz gegangen. Er, Nies, habe die GmbH aufgekauft, seinen Betrieb weiterentwickelt. Eine mobile Schlachteinheit, in Lörrach gefertigt, koste etwa 120.000 Euro. Hinzu komme ein Kühlhänger zu etwa 15.000 Euro und ein Zugfahrzeug. Folglich sei eine Investition von rund 200.000 Euro notwendig. Für die mobile Schlachteinheit inklusive Schlachtung im Schlachthaus, Abfallbeseitigung und Gebühren für Landratsamt bzw. Fleischschau sowie 1,40 Euro für den gefahrenen Kilometer hätten sich die Kosten pro Schlachtung auf brutto 330 Euro belaufen. Würden die Kosten auf den Endkunden umgelegt, koste ein Fleischpaket 26 Euro pro Kilogramm. Diesen Betrag zahle der Endkunde nicht mehr. Daraus folge, dass sich die ganze Sache nicht rentiere. Seinen Kollegen habe das zur Insolvenz geführt. Er, Nies, hätte die mobile Schlachteinheit kaufen können, zu einem Versteigerungspreis von 25.000 Euro, aber das sei uninteressant gewesen angesichts der Kostenrechnung. Allein der Mitarbeiter, der mit der mobilen Schlachteinheit vor Ort arbeite, müsse mindestens eine Schlachtung pro Tag durchführen. Dieser Mitarbeiter koste im Jahr 60.000 Euro brutto. Ein guter Mann, der fahre, benötige einen Führerschein und müsse das Fahrzeug inklusive der Kamera beherrschen.

Zur Hof- und Weideschlachtung: Darüber habe er mit dem Veterinäramt und der Regierung von Schwaben gesprochen. Die genehmigte Hofschlachtung mit Bolzenschussverfahren sei wieder gewünscht. Die Genehmigung sei erteilt worden, er könne das in seinem Betrieb machen. Wie sei es möglich, dass man vor drei oder vier Jahren habe rückwirkend entscheiden können, die Förderung herauszugeben? – Es handle sich um einen Knebelvertrag, der über sechs Jahre gehe. Sein Kollege sei aus dem Vertrag gar nicht herausgekommen. Im November sei nun offiziell genehmigt worden, dass das Weideschuss- und das Bolzenschussverfahren eingesetzt werden dürfe. Wenn jemand aber rückwirkend 200.000 Euro investiert habe, dann rechne sich das nicht. Er könne das nämlich auch mit einem Bolzenschussgerät für 280 Euro machen. Anders rechne sich das nicht. Auch der Zeitaufwand sei ein großes Thema. Viele Landwirte fragen, ob er das Bolzenschussverfahren durchführe. Das Tier werde dabei im Texasgitter mit einem

Halfter und Strick fixiert. Wenn man damit gut arbeiten könne, könne das Tier betäubt, entblutet etc. werden. Das alles gehe im geschlossenen Hänger.

Was die Weideschlachtung bzw. den Weideschuss angehe, so sei das zwar eine super Sache, aber dafür fehlten die Fachkräfte, denn es seien keine Jäger da, die das übernehmen wollten. Im vergangenen Monat hätte er, Nies, acht oder zehn solcher Schlachtungen durchführen können. Das wäre ein Schlachtumsatz von gut 15.000 Euro gewesen, für die Schlachtung und etwas Wurst. Das sei aber nicht machbar, weil kein Jäger da sei. Außerdem sei nicht jeder Betrieb für den Weideschuss geeignet. Man müsse prüfen, wo der Betrieb liege, welchen Kugelfang er habe. Der eine liege im Dorf, der andere am Dorfrand. Es müsse immer geprüft werden, ob der Weideschuss dort durchgeführt werden könne. Man könne also nicht sagen, der Weideschuss sei nicht gewollt, vielmehr sei er oft nicht machbar.

Es sei auch gefragt worden, warum er, Nies, in die Schlachtung investieren wolle. Die von ihm genannte Gesamtinvestition beziehe nicht nur auf die Schlachtung, sondern auf eine Schachtstätte mit einer gläsernen Produktion für Schulen und Kindergärten. Er wolle künftig mit dem Kultusministerium diesbezüglich zusammenarbeiten. Seine Töchter seien acht und zehn Jahre alt. Sie seien von klein auf bei der Schlachtung dabei gewesen. Mindestens einmal im Jahr werde er vor die Schule geladen, um sich zu rechtfertigen, warum er seine Kinder mit zum Schlachten nehme. Es werde erklärt, das sollte man den Kindern nicht antun, sie würden traumatisiert. Deshalb habe er sich vorgenommen, Schlachtung und Produktion mit einem gläsernen Einkauf zu kombinieren und das Ganze zu verwirklichen. Auf diese Weise werde ein Schulungsraum geschaffen, der von der Schlachtung bis zum Verkauf gläsern bleibe. Natürlich könne das nicht in großem Ausmaß gemacht werden, aber in einem kleineren Rahmen könnten die Kinder geschult werden, was die Lebensmittelherstellung und Landwirtschaft bedeuteten. Er, Nies, sei auch gelernter Landwirt und gebe sein Wissen gern an seine Freunde und Kinder weiter, so gut das eben möglich sei. Er arbeite auch immer wieder mit heimischen Schulklassen zusammen, wenn diese seinen Schlachtbetrieb anschauen wollten. Die Jugendlichen bekämen weiße Overalls und blaue Überzieher und könnten so ausgestattet in die Kühlhäuser. Sie dürften die tierischen Produkte – Zunge, Augen – anfassen. Das sei der Grund, weshalb er an diese

große Investition denke. Natürlich gehe es dabei auch um Marketing und Storytelling gegenüber den Verbrauchern. Er wolle die ganze Bandbreite von Schlachtung bis Verkauf zeigen.

Vorsitzende Petra Högl (CSU) betont, trotz der vielen Aufgaben und der Herausforderungen könne man optimistisch in die Zukunft gehen. Die Landwirte würden ebenso gebraucht wie die Schlachtstätten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schlachtstätten; auch ohne sie funktioniere es nicht. Ob Metzger oder Bäcker, sie sorgten für die Erzeugung vielfältiger guter Produkte.

Seit den Bauernprotesten im vergangenen Jahr habe die Landwirtschaft wieder an Akzeptanz gewonnen. Von den Verbraucherinnen und Verbrauchern würde sie, Vorsitzende Högl, sich wünschen, sie würden noch stärker auf regionale bzw. bayerische Produkte zurückgreifen.

Die Sachverständigen hätten eindeutig festgestellt, das vorgesehene Tierhaltungskennzeichnungsgesetz werde nicht gebraucht, nachdem die Wirtschaft bereits eine gute Lösung gefunden habe. Darauf sollte aufgebaut werden.

Es sei deutlich geworden, die Landwirtschaft müsse sich rechnen, ebenso die Schlachtbetriebe. Ohne ausreichendes Einkommen funktioniere die Wirtschaft nicht. Die Betriebe schlossen sonst ihre Pforten. Die CSU bekenne sich klar zur Tierhaltung in Bayern, und dazu gehöre eine Schlachthofstruktur, die zukunftsfähig sei. Daran werde gearbeitet. Die Sachverständigen hätten viel Input gegeben. Der Landwirtschaftsausschuss werde auf diesen Ausführungen, für die herzlich gedankt werde, aufbauen und daran arbeiten. Für das Engagement werde gedankt, der Branche alles Gute gewünscht.

* * *